
Stadt Land Fluss

Stadt Land Fluss

Arbeitspapier 003

**„LOKALE BETEILIGUNG“ IM
RAHMEN DES URBAN-PROGRAMMS
„BRÜHL-NORDVIERTEL“
IN CHEMNITZ 1996 – 1999.
(PROZESSDOKUMENTATION)**

von

Jürgen Schmitt

HERAUSGEBERIN:
PROF. DR. CHRISTINE WEISKE
TECHNISCHE UNIVERSITÄT CHEMNITZ
REGIONALFORSCHUNG UND SOZIALPLANUNG
09107 CHEMNITZ

Alle Rechte vorbehalten. Chemnitz 2000

ISSN 1615-8202

BEITRÄGE ZUM SOZIALEN RAUM

Schriftenreihe Stadt – Land – Fluss

- bisher sind erschienen:

- Arbeitspapier 001: **Angela Lutz: Das sozial-räumliche Milieu zwischen planerischer Praxis und soziologischer Perspektive. Fallbeispiel: Milieuanalyse im Stadtgebiet Brühl-Nord.**
- Arbeitspapier 002: **Katrin Großmann: Das Ende der befestigten Stadt. Stadtentwicklung in der Zeit der Entfestigung der Städte am Beispiel Gießen.**
- Arbeitspapier 003: **Jürgen Schmitt: „Lokale Beteiligung“ im Rahmen des URBAN-Programms „Brühl-Nordviertel“ in Chemnitz 1996 – 1999.**

- demnächst erscheinen:

- Arbeitspapier 004: **Christine Weiske: Wohnort Chemnitz.**
- Arbeitspapier 005: **Conny Feig: Die räumliche Verteilung von sozialer Ungleichheit und Gesundheit. Eine quantitative Untersuchung in der sächsischen Großstadt Chemnitz.**
- Arbeitspapier 005: **Daniela Häuser: Betreutes Wohnen für Senioren in der Stadt Chemnitz: Eine sozialwissenschaftliche Analyse von Umzugsmotivation und Zufriedenheit.**

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Einleitung..... | 1 |
| 2 | Das Brühl-Nordviertel..... | 2 |
| 3 | Ziele und Grundsätze der „Lokalen Beteiligung“ | 4 |
| 4 | Dokumentation: Projekte der „Lokalen Beteiligung“ | 6 |
| 4.1 | Vorfeld..... | 6 |
| 4.2 | Stadtteilbüro..... | 6 |
| 4.3 | Stadtteilrunde, Themenrunden, Informations- und Diskussions- veranstaltungen..... | 10 |
| 4.4 | Werkstätten zur Grün- und Freiflächengestaltung..... | 14 |
| 4.5 | Stadtteilzeitung „Brühl-BISS“ | 18 |
| 4.6 | Stadtteilfeste..... | 22 |
| 4.7 | Fußballturnier um den Brühl-Pokal..... | 27 |
| 4.8 | AG Brühlgeschichte..... | 28 |
| 4.9 | Ballspielplätze und Pavillon..... | 29 |
| 4.10 | Haus für Existenzgründerinnen..... | 30 |
| 4.11 | Qualifizierungsprojekt „ARBEIT 2000“ | 31 |
| 4.12 | Noch vorgesehene und nicht realisierte Projekte..... | 31 |
| 4.13 | Vernetzung mit der „Lokalen Beteiligung“ in anderen URBAN-Städten..... | 32 |
| 4.14 | Forschung im Brühl-Nordviertel..... | 33 |
| 4.15 | Akteure der Lokalen Beteiligung..... | 34 |
| 5 | Resümee: „Lokale Beteiligung“ als Lernprozeß..... | 36 |
| 5.1 | Lernen durch Konflikte..... | 36 |
| 5.2 | Konflikte durch unterschiedliche Bewertungen des Prozesses..... | 36 |
| 5.3 | Konflikte durch unterschiedliche Ziele im Prozeß..... | 38 |
| 5.4 | Konflikte durch unterschiedliche Alltagspraxen der Beteiligten..... | 39 |
| 5.5 | Folgen und Folgerungen für die Koordination von „Lokaler Beteiligung“...40 | |
| 6 | Nachwort: Die Stadtteilarbeit nach URBAN..... | 42 |
| | Literatur und Material..... | 43 |

Fotos:

Margitta Zellmer

Mobile Jugendarbeit Innenstadt

Jürgen Schmitt

1 Einleitung

„URBAN“, so nennt sich eine Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union zur Revitalisierung besonders benachteiligter Stadtteile. Über diese Initiative werden innovative und integrative Ansätze der Stadtentwicklung gefördert. Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist dabei eine umfassende Beteiligung der lokalen Akteure und Betroffenen. Dieser Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ soll im folgenden für das URBAN-Projekt im Chemnitzer Stadtteil „Brühl-Nordviertel“ dokumentiert werden.

Die Dokumentation entspricht dabei im Wesentlichen dem Abschlußbericht, der von Seiten des Autors im Rahmen seiner Tätigkeit als Koordinator der „Lokalen Beteiligung“ im Auftrag der Stadt Chemnitz erstellt wurde. Sie soll daher primär dem Zweck dienen, die Erfahrungen aus dem Prozeß für andere, ähnliche Projekte verwerten zu können und versteht sich nicht zuletzt als eine Art Nachschlagewerk. Sollte z. B. wieder einmal ein Stadtteilbüro in einem Chemnitzer Stadtteil oder auch in einem Stadtteil einer anderen Stadt eröffnet (oder eine Stadtteilzeitung etabliert, ein Stadtteilfest vorbereitet etc.) werden, könnte es sich lohnen, in dieser Dokumentation nachzuschlagen und nachzulesen, welche Faktoren bei dem Werdegang des Stadtteilbüros (der Stadtteilzeitung, des Stadtteilfestes etc.) im Brühl-Nordviertel sich wie auswirkten, welche Probleme auftraten und wie man mit ihnen umgegangen ist. Es gilt dabei natürlich: Die Dokumentation will für ähnliche Prozesse nur inspirieren und vielleicht ein paar Ideen liefern oder ein paar Enttäuschungen verhindern. Sie will und kann aber keine Rezepte liefern: Im Endeffekt findet ohnehin jeder Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ seine ganz eigene Form. Und noch etwas will und kann die Dokumentation nicht leisten, nämlich eine detaillierte Auswertung des Prozesses nach sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten. An einer solchen arbeitet der Autor derzeit im Rahmen seiner Promotion.

Die Dokumentation gliedert sich in fünf Teile.

Zunächst werden in Kapitel 2 das Brühl-Nordviertel kurz dargestellt und in Kapitel 3 die Ziele und Grundsätze der „Lokalen Beteiligung“, die zu Beginn des Prozesses im Sommer 1996 formuliert und als Grundlage akzeptiert worden waren, skizziert.

In Kapitel 4 werden anschließend die Projekte und Maßnahmen dokumentiert, die im Rahmen der „Lokalen Beteiligung“ von Juni 1996 bis Ende 1999 etabliert bzw. durchgeführt wurden. Die Dokumentationen der einzelnen Projekte erfolgen weitgehend chronologisch. Am Ende wird ein kurzer Ausblick gegeben. Die vorgenommene Trennung in die Projekte „Stadtteilbüro“, „Stadtteilrunde“, „Themenrunden“, „Stadtteilfeste“ etc. ist dabei eine rein akademische. In Wirklichkeit war alles mit allem verknüpft. Die Aufzählung verschiedener Projekte in dieser Dokumentation dient also nur der besseren Nachvollziehbarkeit des realen Prozesses, sie reduziert aber dadurch gezwungenermaßen dessen Komplexität.

In Kapitel 5 wird dann die „Lokale Beteiligung“ als Lernprozeß resümiert, die wichtigsten Konflikte dargestellt und Folgen bzw. Folgerungen für die Koordination auch in potentiellen anderen Projekten der „Lokalen Beteiligung“ abgeleitet.

Im sechsten Kapitel schließlich wird noch ein kurzer Ausblick auf die Entwicklung der Stadtteilarbeit im Brühl-Nordviertel nach Ablauf des URBAN-Programms gegeben.

2 Das Brühl-Nordviertel

Zum Einstieg soll kurz der Stadtteil dargestellt werden, in dem sich der im weiteren Text dokumentierte Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ vollzog - das Brühl-Nordviertel. Dabei muß gleich eines angemerkt werden: Im Verlauf des Prozesses wurde schnell deutlich, daß eine klare Eingrenzung des Stadtteils nicht möglich ist. Die Menschen vor Ort beschreiben recht unterschiedliche Grenzen des Gebietes, welches sie als eigenen Stadtteil empfinden¹. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf das Gebiet, welches im Rahmen des URBAN-Programms als Stadtteil definiert wurde.

Im Chemnitzer Brühl-Nordviertel wohnten zur Zeit der Antragsformulierung für das URBAN-Programm 1994 in einer weitgehend typisch gründerzeitlichen Rasterstruktur rund 8.000 Einwohner und Einwohnerinnen. Wohnen war auch die dominierende Gebäudenutzung, wobei viele Wohngebäude allerdings eine gewerbliche Nutzungen im Erdgeschoß aufwiesen. Diese gewerbliche Nutzung der Erdgeschosse war nicht gleichmäßig im Stadtteil verteilt, sie konzentrierte sich insbesondere im Norden des Gebietes im Bereich eines in den 70er Jahren als Einkaufsstraße umgestalteten Boulevards².

Der Stadtteil hatte zum Zeitpunkt der Antragstellung mit einer ganzen Reihe von Problemen zu kämpfen, die zum Teil bereits in den Zeiten der DDR akut waren (etwa fehlende Grünflächen, Leerstand durch marode Bausubstanz, Belastungen der Wohnnutzung durch gewerbliche Nutzung der Wohninnenhöfe), zu einem großen Teil jedoch erst im Zuge der Transformation zu Tage traten: Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund, eine zunehmende Belastung und Zerschneidung des Stadtteils durch den seit der Wiedervereinigung dramatisch gestiegenen Autoverkehr, ein Rückgang von Versorgungseinrichtungen und ein starker Attraktivitätsverlust des Boulevards³. Das Problem des Wohnungsleerstandes hatte sich dabei auch nach der Wende erhalten, auch wenn sich zum Zeitpunkt der Antragstellung neben den bröckelnden Gesichtern der vom Verfall bedrohten, leerstehenden Häuser mittlerweile auch teilweise schon die mehr oder minder strahlenden Fassaden der von den (neuen) Eigentümern und Eigentümerinnen renovierten oder im Zuge von Karreeschließungen neu errichteten Gebäude zeigten.

Die Bevölkerung war von diesen neuen Problemlagen - die zu einem großen Teil ja sehr abrupt über sie hereingebrochen sind - stark verunsichert. Sie fühlten sich häufig von der Stadt im Stich gelassen, was bei einigen zu Wut, bei anderen zu Resignation führt. Auch die bereits erfolgten Sanierungen im Gebiet, insbesondere die in noch bewohnten Gebäuden, wurden von der Bevölkerung sehr zwiespältig aufgenommen: Zu der Freude, daß der Verfall aufgehalten wird, gesellte sich häufig die Angst, nach einer Sanierung selbst nicht mehr von der neuen Pracht profitieren zu können, weil die entsprechenden Mietsteigerung das eigene Haushaltsbudget übersteigt. Gerade die weniger einkommensstarken Bevölkerungsschichten fühlten sich oft in einem Dilemma gefangen: Sie hatten Angst, daß an ihren Wohngebäuden keine Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden, weil bei der maroden Bausubstanz stets die Gefahr bestand, daß durch Rohrbrüche u. ä. die Woh-

¹ Dies hängt nicht zuletzt mit der wechselvollen historischen Entwicklung des Brühl-Nordviertels zusammen. Näheres zur Stadtteilgeschichte kann der Veröffentlichung „Der Chemnitzer Brühl. Ein Stadtgebiet im Wandel der Zeit“ (Chemnitzer Geschichtsverein e. V. in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Brühl-Geschichte, 2000) entnommen werden.

² Vgl. Stadt Chemnitz, 1994 und 1995.

³ Der Boulevard war bis 1989 das Haupteinkaufszentrum für die Stadt und das Umland. Nach der Wende bekam das dort ansässige, kleinunternehmerisch strukturierte Handels- und Dienstleistungsgewerbe vor allem durch die Etablierung mehrerer großer und von Verwaltungsgesellschaften straff organisierter Einkaufszentren in der Stadt eine Konkurrenz, der es kaum gewachsen war.

nung unbewohnbar wird. Gleichzeitig hatten sie aber auch Angst vor einer Sanierung, weil man dann die eigene Verdrängung befürchtete. Insbesondere gegenüber größeren Investoren und Investorinnen „aus dem Westen“ fühlte man sich machtlos und häufig – da die privatisierten Gebäude zum Teil zuvor Eigentum der städtischen Tochtergesellschaft „Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft (GGG) m. b. H.“⁴ waren und von dieser veräußert wurden - von der Stadt „verkauft“. Viele Menschen im Stadtteil fühlten sich weitgehend neuen Phänomenen wie Kriminalität und komplexen Wirkungsketten wie Arbeitslosigkeit – Verschuldung – Wohnungslosigkeit gegenüber hilflos und vermißten klare Ansprechpartner oder -partnerinnen, die ihnen aus ihrer Hilflosigkeit heraus helfen können.

Aufgrund der komplexen Problemlage des Stadtteils wurde er 1995 als einer von zwölf deutschen Quartieren in das EU-Förderprogramm URBAN zur Revitalisierung besonders benachteiligter Stadtteile aufgenommen⁵. Im Rahmen eines vom städtischen Amt für Stadterneuerung⁶ koordinierten operationellen Programms sollten hier im Programmzeitraum bis Ende 1999 durch die Neuanlage bzw. Umnutzung zweier Gewerbestandorte und Fördermittel für kleine und mittelständische Unternehmen im Planungsgebiet, die Gestaltung eines Stadtteilparks und die Umgestaltung eines bereits bestehenden Stadtplatzes, die Instandsetzung und Erweiterung einer Schule und einer Kindertagesstätte sowie die Errichtung eines Bürgerhauses integrierte Verbesserungen der ökonomischen, ökologischen und sozio-kulturellen Situation des Stadtteils erreicht werden⁷. Ein integraler Bestandteil des operationellen Programms war dabei auch eine umfassende lokale Beteiligung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Koordination und Organisation dieser Vor-Ort-Arbeit beauftragte die Stadt Chemnitz 1996 den Autor dieser Dokumentation.

Im Juli 1997 wurde zudem ein wesentlicher Teil des Stadtteils bzw. des URBAN-Gebietes zum förmlich festgelegten Sanierungsgebiet erklärt, wobei die im Sanierungsverfahren notwendige Betroffenenbeteiligung mit dem bereits laufenden Prozeß der lokalen Beteiligung im Rahmen von URBAN gekoppelt wurde.

⁴ Die GGG wird im Folgenden noch mehrfach erwähnt werden, meist jedoch nicht in ihrer Funktion als Gebäudeeigentümer, sondern in ihrer Funktion als Sanierungsträger im Sanierungsgebiet „Brühl-Nordviertel“.

⁵ Näheres zum URBAN-Programm in Ostdeutschland siehe Toepel / Sander / Strauss, 2000.

⁶ Um hier einer Verwirrung der Leserinnen und Leser vorzubeugen: Das Amt für Stadterneuerung wurde im Verlauf des URBAN-Programms aufgelöst, wobei seine Aufgaben bezüglich des URBAN-Programms sowie die hierfür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine Abteilung des Amtes für Baukoordination übernommen wurden. Daher ist an manchen Stellen vom Amt für Baukoordination die Rede, an anderen vom Amt für Stadterneuerung.

⁷ Zur Konzeption des Gesamtprogramms vgl. Stadt Chemnitz, 1994 und 1995; zur Umsetzung des Gesamtprogramms vgl. Stadt Chemnitz 1998 b und 1999 a.

3 Ziele und Grundsätze der „Lokalen Beteiligung“

Die Ziele und Grundsätze der „Lokalen Beteiligung“ wurden in einer vom Koordinator der „Lokalen Beteiligung“ erstellten und von der Stadt Chemnitz bestätigten Konzeption im Juni 1996 definiert.

Als Ziele wurden dabei insbesondere

- eine Effektivierung des planerischen Handelns und der eingesetzten Mittel,
- eine Erhöhung der Akzeptanz für das Stadterneuerungsprojekt,
- eine Erhöhung der Stadtteilidentifikation und eine Verbesserung von Nachbarschaftsbeziehungen,
- eine Verbesserung des Stadtteilimages sowie
- eine Stärkung der Selbstregulationsfähigkeit des Stadtteils („Empowerment“) vereinbart.

Als Bestandteile der Arbeit waren vorgesehen:

1. Eine vorbereitende und fortlaufende Öffentlichkeits- und Informationsarbeit, um das URBAN-Programm im Stadtteil und außerhalb bekannt zu machen, Interesse an einer Mitarbeit zu wecken, Unsicherheiten abzubauen und Zusammenhänge zwischen Alltagsproblemen und der Qualität des Lebensraums aufzuzeigen. Perspektivisch sollte sich die Öffentlichkeitsarbeit mehr und mehr verselbständigen. Dabei sollte insbesondere auf Kommunikationsnetze im Stadtteil und die Multiplikatorfunktion einzelner Bürgerinnen und Bürger gesetzt werden.
2. Anstöße zur Initiierung bürgerschaftlicher Selbsthilfeprojekte sowie deren finanzielle Unterstützung (überwiegend mit Sachmitteln) und Beratung in organisatorischen, ökonomischen, planerischen und stadtökologischen Fragen.
3. Eine Koordination lokaler Entscheidungsprozesse, d. h. es sollte ein Rahmen geschaffen werden, in denen Probleme des Stadtteils und Inhalte der Projekte diskutiert, Ideen gesammelt sowie die unterschiedlichen Interessen koordiniert werden können. Zunächst sollten hierfür einerseits bürgerschaftliche Arbeitsgruppen mit einer kleinen Versammlungsebene und zu einem kleinen Konfliktbereich gebildet werden und andererseits ein koordinierender „Runder Tisch“ ins Leben gerufen werden, an dem die Verwaltung, Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Delegierte von Vereinen und Initiativen, die an einer Mitarbeit interessiert sind, sitzen sollten. Gewissermaßen als Zusammenschluß aus den kleinen Arbeitsgruppen und dem koordinierenden „Runden Tisch“ sollte perspektivisch eine Art „Stadtteilforum“ entstehen.

In der Fortschreibung der Konzeption von Mai 1997 wurde ein weiterer Punkt als Bestandteil der Arbeit ergänzt, nämlich:

4. Die Förderung von Stadtteilkultur und soziokulturellen Projekten, um die Stadtteilidentifikation zu erhöhen, die Nachbarschaftsbeziehungen und die Kommunikation im Stadtteil zu fördern sowie das Stadtteilimage zu verbessern.

„Lokale Beteiligung“ sollte dabei nicht als befristetes und inhaltlich klar umrissenes Projekt verstanden werden, sondern als ein offener, aber dauerhafter Prozeß der Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements, um die Umstände des eigenen Alltags selbst mit zu gestalten. Betont wurde auch, daß ein solcher Prozeß „mehr Demokratie wagen“, also den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort tatsächlich konkrete Entscheidungsbefugnisse und Gestaltungsspielräume eingestehen muß. Ziel sollte sein, daß sich aus dem Anstoß der „Lokalen Beteiligung“ ein beständiger und sich zu einem großen Teil aus den lokalen Ressourcen tragender Erneuerungsprozeß zur längerfristigen Qualitäts- und Imageverbesserung des Quartiers entwickelt. Der Anspruch der Koordination war dabei jener, an einem solchen Anstoß mitzuwirken, bereits bestehende Aktivitäten zu unterstützen, Konflikte zu moderieren und sich

dabei gewissermaßen innerhalb möglichst kurzer Zeit weitgehend „unnötig“ zu machen.

Klar war von Anfang an, daß es für einen offenen Prozeß weder „Patentlösungen“ gibt noch im Voraus das Vorgehen eindeutig festgelegt werden kann. Es wurden daher zu Beginn lediglich die Grundsätze des Vorgehens definiert, nämlich:

- Es soll am Alltag der Menschen vor Ort angesetzt werden.
- Es sollen die lokalen Besonderheiten berücksichtigt werden.
- Das Hauptinstrument soll die Kommunikation sein.
- Die Arbeit soll an kleinen, konkreten Projekten ansetzen.
- Der Prozeß soll offen und flexibel gehalten werden, so daß aus Fehlern gelernt werden kann.

4 Dokumentation: Projekte der „Lokalen Beteiligung“

4.1 Vorfeld

Bereits vor der Vergabe des Auftrags zur Koordination des Prozesses der „Lokalen Beteiligung“ wurden von Seiten des Amtes für Stadterneuerung erste diesbezügliche Aktivitäten gestartet. So fand im Mai 1996 ein Ideenaustausch des Amtes mit Vereinen und Initiativen statt, wobei von einigen der Eingeladenen bereits ein Interesse an einer dauerhaften Zusammenarbeit bekundet wurde und in der Folgezeit auch erste schriftliche Vorschläge ausgearbeitet wurden. Im Juli 1996 fand zudem eine Veranstaltung der „Bürgerinitiative nördliches Brühl“ mit Vertreterinnen und Vertretern des Amtes für Stadterneuerung über den Einsatz der URBAN-Mittel im Viertel statt. Im Juni 1996 wurde schließlich der Auftrag zur Koordination des Prozesses auf Grundlage des bereits dargestellten Konzeptes vergeben.

Die Folgezeit diente zunächst dazu, Kontakte im Stadtteil aufzubauen und es fanden Vorgespräche der Koordination mit verschiedenen Ämtern, Vereinen, Initiativen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden vor Ort statt. Bereits in diesen Vorgesprächen entstanden die Ideen zu den Projekten Stadtteiltrunde, Stadtteilzeitung, Stadtteilbüro und einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Grünflächengestaltung.

4.2 Stadtteilbüro Brühl-Nord

Das Stadtteilbüro diente als

- Zentrale für die „Lokale Beteiligung“ und Gemeinwesenarbeit im Stadtteil,
- Anlaufstelle für Probleme und Ideen der Bürgerinnen und Bürger,
- Informationsstelle für den neuesten Stand des Stadterneuerungsprozesses und des URBAN-Programms,
- Stadtteilagentur für Kontakte und fachliche Hilfestellungen für Projekte,
- Vermittlungsstelle zwischen Ämtern und Bevölkerung sowie
- wohnortnahe Möglichkeit der Begegnung verschiedener Generationen und der nachbarschaftlichen Unterstützung im Alltag.



Werdegang

Das Stadtteilbüro ging auf die Initiative der „Neuen Arbeit Sachsen e. V.“⁸ und der „Selbsthilfe 91 e. V.“ in den ersten Vorgesprächen zurück. Betont wurde dabei ausdrücklich, daß ein solches Büro keine Zweigstelle der Verwaltung darstellen sollte, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort getragen werden sollte. Einerseits sollte es unterschiedlichen Vereinen, Initiativen und Projekten zur Ver-

⁸ Mittlerweile: "Neue Arbeit Chemnitz".

fügung stehen, andererseits aber auch einen Treffpunkt darstellen, an dem einfach mal ein Kaffee getrunken und ein Schwätzchen gehalten werden kann.

Der Wille für ein solches Projekt war sowohl von Seiten der Stadtteiltrunde⁹ als auch von Seiten der Stadtverwaltung schnell vorhanden, die Realisierung hingegen erwies sich als schwierig, und zwar sowohl in Bezug auf die Trägerschaft und die Finanzierung der Personalkosten (verschiedene Modelle wie der ESF-Fond „Beschäftigung und Qualifizierung“, ABM, Maßnahmen nach 249 a, „Aktion 55“ und ASS-Maßnahmen wurden hier durchgespielt, konnten aber allesamt zu diesem Zeitpunkt nicht realisiert werden¹⁰) als auch in Bezug auf geeignete Räumlichkeiten¹¹.

Schließlich konnte folgende Struktur gefunden werden: Das Projekt „Neue Arbeit Chemnitz“ des „Gewerkschaftlichen Vereins für Kultur, Bildung und Entwicklung in Chemnitz e. V.“ übernahm die Trägerschaft. Die Einhaltung fester Bürozeiten wurde über zwei arbeitslose Mitarbeiter des Vereins mit der Qualifikation zum Sozialberater auf Honorarbasis, das Amt für Stadterneuerung, die Projektleiterin der Stadtteilzeitung¹² sowie dem Koordinator der „Lokalen Beteiligung“ gewährleistet. Die Finanzierung der Sachkosten und der Honorare für die Mitarbeiter der „Neuen Arbeit Chemnitz“ erfolgte über URBAN-Mittel. Mit Hilfe der GGG konnte schließlich auch ein Ladenlokal in der Mühlenstraße 43 gefunden werden, welches sich das Stadtteilbüro mit einem Büro für Sozialinformationen der „Neuen Arbeit Chemnitz“ und dem Sanierungsbüro der GGG als Sanierungsträger¹³ teilte. Dort nahm im April 1997 das „Stadtteilbüro Brühl-Nord“ seine Tätigkeit auf.

Diese Arbeit lief selbstverständlich nicht ohne Anfangsschwierigkeiten. So bestand z. B. Klärungsbedarf bezüglich des Informationsflusses zwischen Stadtverwaltung und Stadtteilbüro. Eine der wichtigsten Funktionen des Stadtteilbüros stellte von Anfang an jene als Anlaufstelle für Fragen, Kritik und Anliegen unterschiedlichster Art dar¹⁴. Problematisch war dabei, daß einerseits die Bürgerinnen und Bürger oder auch Investorinnen oder Investoren erwarteten, im Stadtteilbüro den neuesten Stand der Dinge erfahren zu können, auf der anderen Seite die dort präsenten Mitarbeiter der „Neuen Arbeit Chemnitz“ nicht in die einzelnen städtischen und privaten Maßnahmen involviert waren. Es war daher wichtig, daß das Stadtteilbüro von den beteiligten Ämtern in geeigneter Form auf dem laufenden gehalten und insbesondere darüber informiert wurde, welche Vorhaben schon „spruchreif“ sind und welche lediglich erste Konzeptionen oder gar nur Wunschvorstellungen potentieller Investoren darstellten. „In geeigneter Form“ meinte dabei auch die Berück-

⁹ Zur „Stadtteiltrunde“ siehe unten.

¹⁰ Dies lief sehr zäh und war von Rückschlägen geprägt. So gab es bereits ein festes Konzept, die personelle Ausstattung über eine ASS-Maßnahme des „Vereins zur Integration psychosozial behinderter Menschen (VIP) e. V.“ zu organisieren, das schließlich daran scheiterte, daß elf der dem Verein zugewiesenen zwölf ASS-Kräfte Aussiedlerinnen und Aussiedler mit sehr schlechten Deutschkenntnissen waren. Aufgrund des schleppenden Fortgangs stand der Prozeß zunehmend unter der Kritik der Stadtteiltrunde.

¹¹ Auch hier wurde den Beteiligten einiges an Nerven und Geduld abgefordert, denn nicht genug damit, daß die Nutzung einiger der vorgesehenen Räumlichkeiten an finanziellen und strukturellen Gründen scheiterte, schließlich kamen auch noch die Naturgewalten der Raumsuche in die Quere: Eine ehemalige Schuhmacherwerkstatt, für die die Anmietung bereits unter Dach und Fach war, wurde zum Jahreswechsel 1996/97 durch Frost- und Nässeschäden unbewohnbar.

¹² Zur „Stadtteilzeitung“ siehe unten.

¹³ Vgl. Fußnote 4.

¹⁴ Die im Stadtteilbüro bearbeiteten Fragen und Anregungen im Zeitraum von 1997 bis 1999 wurden in Form von Berichtsbögen dokumentiert. Die Auswertung dieser Bögen zum Ende des URBAN-Programms ergab, daß rund 400 Gespräche im Stadtteilbüro geführt wurden, davon etwa ein Drittel zur Beantwortung von Anfragen allgemeiner Art, etwa ein Sechstel zur Aufnahme und Weitergabe von Kritik und Bedenken und etwa die Hälfte zur Hilfeleistung bei persönlichen Anliegen.

sichtigung, daß die Mitarbeiter des Büros nicht aus der Verwaltung stammten und daher bestimmte Fachtermini nicht einordnen und bestimmte Pläne nicht lesen konnten. Dies erforderte ein Umdenken und die Entwicklung von Vertrauen auf beiden Seiten.

Die Probleme im Informationsfluß zwischen Verwaltung und Stadtteilbüro konnten jedoch im Laufe des ersten Jahres weitgehend abgebaut werden. Für die Beantwortung von Fragen und die Weitergabe von Kritik und Anregungen eigneten sich die Mitarbeiter des Stadtteilbüros zudem in einem Prozeß von „Versuch und Irrtum“ umfassende Kenntnisse der Struktur der Stadtverwaltung und der sonstigen Akteure der Stadtteilentwicklung an und bauten sich ein dichtes Netz von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern auf.

Positive Synergieeffekte zeichneten sich von Anfang an durch die gemeinsame Büronutzung mit dem Büro für Sozialinformationen der „Neuen Arbeit Chemnitz“ ab. Diese hatte bereits einen festen „Kundenstamm“, die bei ihrer Beratung auch gleichzeitig das Stadtteilbüro kennen lernen konnten. Zudem standen z. B. Mietprobleme im Rahmen von Modernisierungsverfahren oft in einem Zusammenhang mit der sozialen Situation des Mieters oder der Mieterin und es war von großem Vorteil, daß das Stadtteilbüro etwa in Fragen der Ansprüche gegenüber dem Arbeits- oder Sozialamt jederzeit kompetente Beraterinnen oder Berater aus dem Büro der „Neuen Arbeit Chemnitz“ mit an den Tisch holen konnte. Als weniger synergetisch erwies sich die Nachbarschaft zum Sanierungsbüro der GGG. Das Sanierungsbüro hatte nur wenig „Laufkundschaft“ aus dem Stadtteil. Nachdem anfänglich kaum besuchte, regelmäßige Sprechstunden der GGG im Büro abgehalten worden waren, pendelte sich später die Praxis ein, daß Anfragen an den Sanierungsträger vom Stadtteilbüro aufgenommen und an die GGG weitergeleitet wurden, die dann bei Bedarf einen Termin vereinbarte.

Ein weiteres Problem zu Beginn der Arbeit war eine sehr starke Konzentration auf die oben genannten Beratungs- und Informationsleistungen. Zwar war (und ist) diese Funktion sehr wichtig, aber es bestand dabei die Gefahr, zu einem reinen Dienstleistungsbüro zu werden. Im Laufe der Zeit konnte diese starke Ausrichtung auf Dienstleistungen jedoch abgebaut werden und das Stadtteilbüro entwickelte sich nach und nach zu einem Zentrum der Bürgerbeteiligung und -information im Rahmen des eigentlichen URBAN-Programms sowie anderer städtischer Planungen und als Knotenpunkt des soziokulturellen Netzwerks des Stadtteils. Dabei reichte das Spektrum der Tätigkeiten von der alleinigen inhaltlichen Vorbereitung von Aktivitäten durch das Stadtteilbüro (etwa bei der Ausrichtung der Stadtteil- und Themenrunden) über eine gemeinsame Vorbereitung mit anderen Akteuren (z. B. bei der Ausrichtung von Informationsveranstaltungen oder Festen mit anderen Vereinen) bis hin zu Aktivitäten, an denen das Stadtteilbüro inhaltlich an der Vorbereitung kaum beteiligt war, aber Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation leistete (etwa bei der Veranstaltung zur Vorstellung des Rahmenplanes) oder lediglich seine Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung stellte (wie bei den Treffen der AG Stadtteilgeschichte)¹⁵.

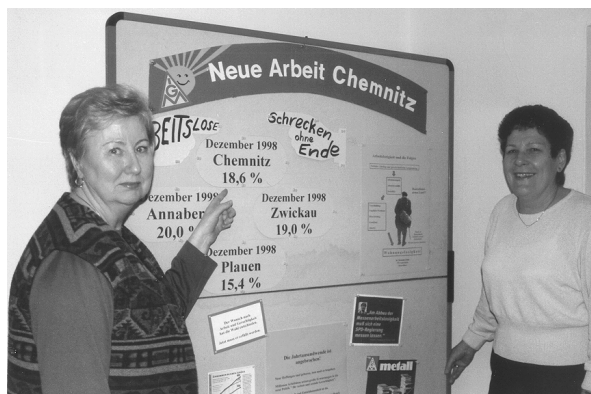
Zudem verbesserten sich die Rahmenbedingungen: Ab 1. August 1998 konnten die beiden Mitarbeiter des Stadtteilbüros in eine ABM übernommen werden und im September 1999 begannen beide eine Ausbildung zur „Fachkraft für soziale Arbeit“ an der Sächsischen Sozialakademie. Zudem zog das Stadtteilbüro gemeinsam mit dem Beratungsbüro für soziale Fragen im April 1999 in das Erdgeschoß des im

¹⁵ Die Aussage aus der Einleitung, daß die in dieser Dokumentation vorgenommene Trennung in verschiedene Projekte eine rein akademische ist und daß in Wirklichkeit alles mit allem verknüpft war, gilt für das Stadtteilbüro ganz besonders. Es war als Zentrale der „Lokalen Beteiligung“ mehr oder minder in alle anderen Projekte involviert.

Rahmen von URBAN entstandenen Bürgerhauses Müllerstraße 12¹⁶ um, wo wesentlich bessere räumliche Voraussetzungen vorhanden waren (größere Räume, eine kleine Küche etc.) und zudem über URBAN eine solide Ausstattung erfolgte¹⁷.

Der Wechsel in das Bürgerhaus brachte jedoch nicht nur räumliche Veränderungen. Auch inhaltlich konnten und mußten neue Akzente gesetzt werden. In den oberen Geschossen des Bürgerhauses Müllerstraße 12 befinden sich u. a. vom Sozialamt betreute Wohnungen für ehemals obdachlose Menschen und im Hintergebäude des Grundstücks Müllerstraße 12 hat das Kinder- und Jugendhaus „Schlupfwinkel“ sein Domizil. Daran zu arbeiten, daß im Bürgerhaus trotz dieser gewagten Mischung aus Nutzungen und Nutzern bzw. Nutzerinnen ein „Miteinander“ statt ein „Gegeneinander“ dominiert und die Mischung nicht als Hemmnis, sondern als Chance gesehen wird, war (und ist) nicht zuletzt Aufgabe des Stadtteilbüros. Das bedeutete, daß zu der bisherigen Aufgabe, integrierend nach außen - in das Brühl-Nordviertel hinaus - zu wirken, nun auch noch die Aufgabe kam, integrierend nach innen - in das Bürgerhaus hinein - zu wirken. Dabei mußte (und muß) das Bürgerhaus mehr noch als zuvor versuchen, gegen gesellschaftliche Tendenzen der Desintegration und Differenzierung anzugehen und gerade artikulatio-
 tionsschwachen und von der Gesellschaftsentwicklung benachteiligten Menschen und Gruppen die Gelegenheit zu geben, sich in das Stadtteilleben und den Prozeß der Entwicklung des Gemeinwesens zu integrieren und mehr Mitspracherecht und Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch mehr Verantwortung für das Gemeinwesen und das eigene Leben zu entwickeln. Dieser neuen Ausrichtung der Aufgaben im Stadtteilbüro wurde Rechnung getragen, indem ihm ein Stadtteiltreff zu Seite gestellt wurde. Zudem übernahm das Stadtteilbüro (in Kooperation mit dem Sozialamt) die Organisation eines regelmäßig stattfindenden „Hausrates“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Projekte in der Müllerstraße 12.

Ausblick



Der Wunsch des Trägers „Neue Arbeit Chemnitz“, die Einrichtungen „Stadtteilbüro“ und „Büro für soziale Fragen“ sowie den neuen Stadtteiltreff zu einem mischfinanzierten „Bürgerbüro für stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit und Bürgerbeteiligung“ zusammenzufassen, konnte (bisher) nicht realisiert werden.

Aber es wurden für das Jahr 2000 über das Sozialamt und das Jugendamt Sach- und Personalmittel für den Stadtteiltreff und das Stadtteilbüro zur Verfügung gestellt. Insofern ist die Weiterführung der Arbeit nach Ablauf des URBAN-Programms zunächst gewährleistet.

Inhaltlich etablieren sich nach und nach auch Angebote, die erst durch den Wechsel in das Bürgerhaus möglich wurden. So findet mittlerweile im Stadtteilbüro bzw. Stadtteiltreff zum Beispiel regelmäßig ein Arbeitslosenfrühstück der „Neuen Arbeit

¹⁶ Zum Projekt Bürgerhaus vgl. Stadt Chemnitz, 1999 b. Auch der Werdegang des Bürgerhauses war von allerlei Problemen und räumlichen sowie inhaltlichen Veränderungen geprägt. Dies soll hier jedoch nicht Thema sein.

¹⁷ Zuvor stammte der größte Teil der Möblierung aus dem ausgemusterten Fundus der Deutschen Reichsbahn und die beiden zur Verfügung stehenden Computer (eine Spende und eine Leihgabe der TU Chemnitz) entsprachen schon lange vor der Eröffnung nicht mehr dem technischen Standard.

Chemnitz“ statt, gemeinsam mit dem Sozialamt werden monatliche Skatturniere organisiert, an dem nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus dem Viertel, sondern auch Bewohner der Wohnprojekte im Haus teilnehmen, die Verkehrswacht der Stadt Chemnitz e. V. organisiert vor Ort Verkehrsteilnehmerschulungen, das Büro ist Tagungsort eines Perry-Rhodan-Stammtisch, es wurde eine Büchertauschbörse aufgebaut und es gab bereits einige Ausstellungen, eine Lesung, einen regelmäßigen Seniorentanz und zum Jahresabschluß 1999 eine gemeinsame Weihnachtsfeier von Bewohnern der Wohnprojekte und Mitgliedern der Stadtteiltrunde. Die Funktionen, die das Stadtteilbüro im Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ ausgezeichnet haben (Beratung und Information, Vernetzung lokaler Aktivitäten, (Mit-) Organisation von Informationsveranstaltungen, Gesprächsrunden und Festen, Sitz der Stadtteilzeitung etc.) bleiben dabei natürlich weiterhin erhalten.

4.3 Stadtteiltrunde, Themenrunden, Informations- und Diskussionsveranstaltungen

In diesen Runden und Veranstaltungen wurden:

- Probleme des Stadtteils und Inhalte der Projekte diskutiert und Ideen gesammelt,
- die unterschiedlichen Interessen im Stadtteil koordiniert,
- der URBAN-Prozeß und die Stadtteilentwicklung allgemein



vorgestellt und von bürgerschaftlicher Seite diskutiert und kritisiert sowie

- bürgerschaftliche Projekte koordiniert.

Werdegang

Die Notwendigkeit einer offenen, bürgerschaftlichen Diskussionsrunde wurde bereits zu Beginn des Prozesses der Lokalen Beteiligung deutlich. Nach ersten vorbereitenden Gesprächen im Frühsommer 1996 luden am 7. August 1996 die „Bürgerinitiative nördliches Brühl“, die „Neue Arbeit Chemnitz e. V.“, die „Selbsthilfe Wohnprojekt Further Straße e. V.“ und die Professur „Regionalforschung und Sozialplanung“ der TU Chemnitz zur ersten „Stadtteiltrunde“ als offenes Gremium aus aktiven Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden, Vereinen und Initiativen sowie einzelnen Ämtern der Stadtverwaltung in die Josephinenschule ein. Dabei wurde das Konzept zur Koordination der „Lokalen Beteiligung“ vorgestellt und die Position sowie das Honorar des Koordinators zur Disposition gestellt. Im Anschluß wurde sehr lebhaft diskutiert, wobei es vor allem einerseits um den Vorwurf ging, URBAN gehe an den Hauptproblemen im Brühl-Nordviertel und den damit verbundenen Ängsten und Resignationen in der Bevölkerung vorbei und andererseits dem Vorwurf, bezüglich der URBAN-Maßnahmen sei fast alles „schon gelaufen“. Es wurde befürchtet, daß man hier nur als „Alibi“ sitze.

Nach dieser „konstituierenden Sitzung“ lud die Stadtteiltrunde regelmäßig etwa in monatlichem Turnus als eigenes Gremium ein, zunächst an wechselnden Orten (in der Josephinenschule, in einer Gaststätte, im Tagestreff für Wohnungslose „Das DACH“), später im Stadtteilbüro. Dabei waren die grundsätzlichen Bedenken aus der ersten Sitzung, prinzipielle Fragen der „Lokalen Beteiligung“ und die konkreten Spielräume des Prozesses immer wieder Thema. Ansonsten waren die Inhalte der Stadtteiltrunde sehr vielfältig. Einerseits wurden dort konkrete Projekte der Bürgerbeteiligung und deren jeweiliger Entwicklungsstand diskutiert (wie das Stadtteilbüro, die Stadtteilzeitung, Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Einflußnahme auf

die Gestaltung von Grün- und Freiflächen im Stadtteil etc.), andererseits waren drängende Probleme des Stadtteils, etwa Wohnungsleerstand, Sanierungsmaßnahmen und Konflikte von Mieterinnen und Mietern im Rahmen von Sanierungen sowie ein Rückgang der Versorgungsinfrastruktur Schwerpunkte der Diskussionen. Die Diskussionen wurden protokolliert und die Protokolle wurden an alle Teilnehmenden und Interessierten versandt.

Anwesend waren jeweils etwa 10 bis 25 Personen, wobei die Mischung recht unterschiedlich war. Sie stellte jedoch alles andere als einen Querschnitt der Stadtteilbevölkerung dar. Es gab vielmehr einen von Anfang an vorhandenen und zunehmend stärker werdenden Überhang von Professionellen aus Vereinen und Verbänden, der sich auch auf die diskutierten Themen auswirkte. So wurden die Probleme bestimmter Gruppen (z. B. Jugendliche) durch deren professionelle Betreuerinnen und Betreuer besonders stark betont und dabei auf der Stadtteiltrunde dann oft wieder einmal nur „über“, aber nicht „mit“ den Betroffenen geredet. Ebenso gab es einen Überhang von unzufriedenen bzw. verunsicherten Stadtteilerinnen und -bürgern. Für jene Teile der Stadtteilbevölkerung, die mit der Entwicklung des Stadtteils zufrieden waren, bestand oft wenig Anreiz, sich in der Stadtteiltrunde zu engagieren. Auch dieser Überhang schlug sich in den Themen nieder durch eine starke Betonung von Verdrängungsängsten, Wohnungsnot und Leerstand.

Nach etwa einem Jahr hatte sich die Stadtteiltrunde, wie eine Teilnehmerin es formulierte, „langsam eingespielt“ und zum Mittelpunkt des Bürgerbeteiligungsprozesses entwickelt. Allerdings veränderte sich dabei auch der Charakter dieses Gremiums. Die Stadtteiltrunden im Sommer 1997 zeichneten sich durch eine im Vergleich zu vergangenen Runden geringe Zahl von Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus. Daraufhin geführte Gespräche im Stadtteil ergaben, daß der Grund hierfür weniger in einem generellen Desinteresse zu suchen war, sondern darin, daß...

- ...die ersten Stadtteiltrunden auch die Funktion von Informationsbörsen hatten und zur Kontaktaufnahme mit anderen Akteuren im Stadtteil dienten, diese erste Vernetzung im Stadtteil mittlerweile jedoch erreicht und mit dem Stadtteilbüro zudem eine zentrale Anlaufstelle und Adresse für die Kontaktaufnahme geschaffen war,
- ...viele Beteiligte die Informationen in der Stadtteiltrunde zum zweiten oder dritten mal hörten, weil sie sich mit den Themen bereits im Vorfeld im Stadtteilbüro auseinander gesetzt hatten und
- ...viele Beteiligte nur an einigen der diskutierten Themen der Stadtteiltrunde interessiert waren und die Themenvielfalt als erschlagend empfanden.

Zudem bestand die Vermutung, daß die Vielfalt der Themen eine abschreckende Wirkung auf viele Bürger und Bürgerinnen hatte und daher die Dominanz von Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus Vereinen, Ämtern und Initiativen förderte.

Vor diesem Hintergrund wurde auf der Stadtteiltrunde am 2. September 1997 beschlossen, verstärkt Runden zu ganz bestimmten Themen und für ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen durchzuführen. Die Stadtteiltrunde selbst sollte dafür als eine Art Stadtteilkonferenz lediglich im Halbjahresrhythmus stattfinden. Ab September 1997 traf sich die Stadtteiltrunde daher nur noch halbjährlich. Nun wurden vermehrt kleinere Runden und Veranstaltungen zu überschaubaren Themenfeldern oder für bestimmte Zielgruppen angeboten:

So fanden drei Themenrunden zu „Jugend im Brühl-Nordviertel“ und zwei zu „Obdachlosigkeit im Brühl-Nordviertel“ statt, jeweils angeregt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugend- bzw. Wohnungslosenarbeit. Auf ihnen wurden verschiedene Aktionen und Ansätze der Jugend- bzw. Wohnungslosenarbeit im Gebiet diskutiert. Die Runden setzten sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städ-

tischen und freien Jugendarbeit bzw. Wohnungslosenarbeit, des Stadtteilbüros, der Stadtteilzeitung, des Amtes für Stadterneuerung, des Sanierungsträgers GGG und der Bürgerinitiative zusammen. Die Hoffnung, daß zu solchen Themenrunden auch Betroffenen zu einer Teilnahme motiviert werden können, erfüllte sich dabei nicht. Trotz aller Bemühungen in den entsprechenden Tagestreffs und Clubs waren weder Jugendliche bei der einen noch Wohnungslose bei der anderen Runde zugegen.

Und auch bei der Veranstaltung anläßlich des Frauentages 1998 zum Thema „Der Stadtteil aus Frauensicht“, die gemeinsam mit der Bürgerinitiative organisiert wurde, dominierten aktive Frauen z. B. aus der Bürgerinitiative, aus Vereinen und der Stadtverwaltung.

Es gab aber eine Reihe von Veranstaltungen, mit denen auch die Betroffenen erreicht werden konnten, so z. B. eine gemeinsam mit der Bürgerinitiative organisierte Busfahrt mit Rentnerinnen und Rentnern, die an den wichtigsten URBAN-Maßnahmen sowie an den neu entstehenden Angeboten für betreutes bzw. altersgerechtes Wohnen im Stadtteil vorbei führte und der sich eine zwanglose Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen mit Vertretern und Vertreterinnen des Stadtteilbüros, des Amtes für Stadterneuerung und einiger Träger der Wohnprojekte anschloß sowie eine Weihnachtsfeier mit den Seniorinnen und Senioren, in dem neben einem kleinen Programm (Weihnachtslieder des Chores der Josephinenschule, Diavorführungen zur Geschichte des Stadtteils und zu den aktuellen Entwicklungstendenzen im Stadtteil) auch „am Rande“ viele Probleme älterer Menschen im Viertel besprochen werden konnten. Besonders gut besucht war ein Bürgerforum zur Zukunft eines Wohnkarrees (Karree 26), auf dem neben etwa 100 Bürgerinnen und Bürgern auch der Investor für die Sanierung dieses Karrees anwesend war.

Unterschiedlich gut besucht waren:

- Kooperationsveranstaltungen mit kompetenten Partnerinnen und Partnern zu bestimmten Themen wie Mietrecht, Sicherheit, Verbraucherschutz etc.,
- Veranstaltungen, die sich mit der Stadtteilarbeit selbst beschäftigten, so z. B. ein Bürgerforum zum Bürgerhaus und zum Kinder- und Jugendhaus „Schlupfwinkel“ oder eine Ideenbörse zur Zukunft der Stadtteilarbeit,
- Veranstaltungen mit dem Ziel, die Bewohner und Bewohnerinnen des Viertels über bereits bestehende städtische Planungen und Entwürfe sowie bereits laufende städtische Maßnahmen zu informieren und diese mit ihnen zu diskutieren, so z. B. eine Veranstaltung mit dem Baudezernat zur Vorstellung des Entwurfs des städtebaulichen Rahmenplanes Chemnitz Brühl-Nord, eine Vorstellung des Verkehrskonzeptes für das Gebiet, Gesprächsrunden mit Handel- und Gewerbetreibenden zu den Investitionszuschüssen für kleine und mittelständische Unternehmen aus URBAN und zum Stadtteilmarketingkonzept oder Vorstellungen von Gestaltungsentwürfen für verschiedene Freiflächen durch das Garten-, Friedhofs- und Forstamt. In der Regel wurden die Entwürfe im Anschluß an die Veranstaltung im Stadtteilbüro öffentlich ausgelegt bzw. ausgehängt.

Rückblickend waren Gremien wie die Stadtteiltrunde und die Themenrunden für den Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ sehr wichtig, auch wenn dabei Menschen dominierten, deren Motivation zur Teilnahme primär ihre Funktion, weniger die eigene Betroffenheit war. So konnten zum einen die Vernetzungen der bestehenden Akteure des Stadtteils in bestimmten Themenfeldern gefördert und die Interessen gebündelt werden¹⁸, zum anderen hatten die Runden eine Funktion als „Ideen-

¹⁸ So wurde u. a. von der Stadtteiltrunde ein "Offener Brief" zum Thema Sanierung und Sozialplanung verfaßt und an die Fraktionen, die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung, die GGG sowie die lokale

schmiede“, wobei dadurch, daß Menschen aus sehr unterschiedlichen Arbeits- und Alltagszusammenhängen zusammenkamen, auch eher unübliche Projektkooperationen entstanden¹⁹. Bezüglich der Beteiligung der Betroffenen hat sich gezeigt, daß diese vor allem dann gut angenommen wurden, wenn ein konkreter Anlaß bestand (wie bei der Veranstaltung zum Wohnkarree 26) oder wenn die Veranstaltung nicht zielgerichtet als „Diskussionsforum“ gestaltet war, sondern eher als „gemütliches Beisammensein“ mit Rahmenprogramm (wie bei den Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren im Stadtteil).

Auch die Veranstaltungen gemeinsam mit der städtischen Verwaltung zur Vorstellung und Diskussion städtischer Planungen stellten einen wichtigen Aspekt der „Lokalen Beteiligung“ dar. Allerdings waren es auch gerade diese Aktivitäten, die am meisten in den Verdacht von „Alibiaktivitäten“ gerieten, also solchen Aktivitäten, die lediglich dazu dienen, eine Beteiligung pflichtgemäß durchzuführen, ohne daß eine wirkliche Mitsprache der Bürger und Bürgerinnen gewünscht ist. Auch bei gutem Willen von Seiten der Ämter vermittelt ein fertiger Vorentwurf der Anschein, es sei schon „alles gelaufen“ und es verlangt sehr viel Selbstbewußtsein von einem Bürger oder einer Bürgerin, sich auf eine Diskussion mit den fachkompetenten Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen der Ämter oder der beauftragten Büros einzulassen. Zudem sind es gerade solche Veranstaltungen, in denen es oft schwerwiegende Mißverständnisse und Kommunikationsprobleme zwischen den Fachleuten aus Ämtern und Büros und der Bevölkerung gibt: Pläne sind nicht ohne weiteres lesbar, Fachtermini nicht leicht verstehbar²⁰.

Positiv war zweifellos die Auslegung des Rahmenplanentwurfs im Stadtteilbüro: Hier hatten die Bürger und Bürgerinnen Zeit, sich den Entwurf in Ruhe und im „neutralen Feld“ anzuschauen. In den Mitarbeitern des Stadtteilbüros fanden sie geduldige Gesprächspartner, die bei Bedarf Karten und textliche Erläuterungen nochmals erklärten. Ähnliches gilt für die aushängenden Entwürfe der Grün- und Außenflächen von Zöllnerplatz, Kindertagesstätte Schönherrstraße und Stadtteilpark.

Ganz pragmatische Schwierigkeiten gab es zum Teil bei Kooperationsveranstaltungen in der Zusammenarbeit zwischen den Ämtern bzw. anderen Kooperationspartnern und dem Stadtteilbüro bezüglich der Arbeitsteilung. Häufig war nicht eindeutig definiert, wer Einladender war und wer die Verantwortung für die inhaltliche Vorbereitung und die Organisation von Räumlichkeiten und technischer Infrastruktur trug. So fühlten sich im günstigeren Fall beide Seiten zuständig, im ungünstigeren keine von beiden.

Presse versandt und aus den Themenrunden „Jugend“ resultierten zwei offene Briefe zur Situation der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil an den Oberbürgermeister, die Fraktionen und die Presse.

¹⁹ So entstand auf den Themenrunden Jugend u. a. die Idee zur Errichtung von Ballspielplätzen im Stadtteil (siehe unten), auf der Runde zum „Stadtteil aus Frauensicht“ wurde der gedankliche Grundstein für das Projekt für Existenzgründerinnen am Zöllnerplatz gelegt (siehe unten) und auf der Ideenbörse zur Stadtteilarbeit entstand die - allerdings nicht realisierte - Idee von Modellsanierungen in Wohnungen der GGG (siehe unten).

²⁰ Zur Angst vor einer „Alibibeteiligung“ und zu Kommunikationsproblemen zwischen Fachleuten und Bevölkerung siehe auch Kapitel 5.

Ausblick



Wie bereits oben beschrieben, wurde die Durchführung von Runden und Veranstaltungen zunehmend vom Stadtteilbüro bzw. dessen Mitarbeitern vom Trägerprojekt „Neue Arbeit Chemnitz“ übernommen. Mit der Absicherung der Sach- und Personalmittel des Stadtteilbüros durch das Sozial- und Jugendamt ist daher auch die Fortführung dieser Runden und Veranstaltungen gewährleistet.

Dabei gilt es für die Zukunft, weiter zu lernen, d. h. neben der Fortführung etablierter Formen des Austauschs wie jener der Stadteiltrunde weiterhin immer neue Formen der Veranstaltung auszuprobieren, die auf mehr Resonanz bei den Betroffenen

stoßen und bei gemeinsamen Veranstaltungen mit anderen Akteuren - gerade mit der Verwaltung - verbindlichere und besser abgegrenzte Verantwortlichkeiten zu definieren.

4.4 Werkstätten zur Grün- und Freiflächengestaltung

Werdegang

Bei den Vorgesprächen wurde vor allem von Seiten des Kinder- und Jugendhauses „Schlupfwinkel“ und des Tagestreffs für Wohnungslose der AWO „Das DACH“ der Wunsch geäußert, Bürger und Bürgerinnen und speziell ihre jeweilige Klientel an der Um- bzw. Neugestaltung von Grünflächen zu beteiligen. Dies bezog sich vor allem auf die beiden URBAN-Maßnahmen „Neugestaltung eines Stadtteilparks“ und „Umgestaltung des Zöllnerplatzes“.²¹

Und bereits auf der Veranstaltung der „Bürgerinitiative nördlicher Brühl“ im Juli 1996 war von Seiten des Gartenamtes dargestellt worden, daß eine Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen an der Grün- und Freiflächengestaltung im Rahmen von URBAN wünschenswert sei. Im weiteren Verlauf des URBAN-Prozesses kam aus der Stadteiltrunde zudem der Wunsch heraus, die Schüler und Schülerinnen der Josephinenschule an der Umgestaltung der Schulflächen im Rahmen von URBAN zu beteiligen. Um sich detaillierter mit Konzepten einer bürgerschaftliche Mitwirkung zu beschäftigen, bildete sich aus der Stadteiltrunde heraus im August 1996 eine AG „Grün- und Freiflächengestaltung“ und es fanden erste Gespräche mit dem Gartenamt statt.



²¹ Der zukünftige Stadtteilpark soll insbesondere ein Treffpunkt für Kinder und Jugendliche werden, also u. a. der Klientel des "Schlupfwinkel"; der Zöllnerplatz stellt seit längerer Zeit einen Treffpunkt von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen dar, also der Klientel des Tagestreffs "Das DACH".

In dieser AG und später in der Stadtteiltrunde wurde im September 1996 beschlossen, für die Neugestaltung eines Stadtteilparks und die Umgestaltung des Zöllnerplatzes sogenannte „Modellwerkstätten“ zu veranstalten, bei denen der Stadtteilbevölkerung Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Erfahrungen, Wünsche und Ideen in die Konzeptionen einzubringen.

Für den Zöllnerplatz fand eine entsprechende Werkstatt am 19. Oktober 1996 statt, für den Stadtteilpark am 26. Oktober 1996. Beide Werkstätten verliefen etwa nach dem gleichen Schema²². Es wurden im Vorfeld gemeinsam mit Betroffenen (mit Wohnungslosen im Tagestreff „Das DACH“ beim Zöllnerplatz und mit Kindern und Jugendlichen im „Schlupfwinkel“ beim Stadtteilpark) Handzettel erstellt und die Verteilung organisiert. Vor der Werkstatt wurde gemeinsam ein Grundmodell im Maßstab 1:125 gebaut und am Tag der Werkstatt wurde dieses dann vor Ort (beim Zöllnerplatz) bzw. auf dem Josephinienplatz (für den Stadtteilpark) aufgestellt. In den öffentlichen Raum zu gehen war wichtig, damit man auch Passanten „einfangen“ konnte. Als Termin war jeweils ein Samstag gewählt, damit auch Berufstätige die Möglichkeit der Teilnahme hatten. Die Dauer der Werkstätten betrug jeweils etwa 5 Stunden. Neben dem Modell wurde auch eine Pinwand aufgestellt und auf Karteikarten Ideen gesammelt. Die Resonanz war unterschiedlich. Beim Zöllnerplatz nahmen etwa 25 Leute teil, beim Stadtteilpark etwa 40. Es war keinesfalls ein Querschnitt der Bevölkerung, beim Zöllnerplatz waren relativ viele Wohnungslose, beim Stadtteilpark sehr viele Kinder, ältere Leute und junge Familien vertreten. Andere Gruppen, z. B. Jugendliche, fehlten bei beiden Werkstätten fast vollständig (der Schlupfwinkel war zu dieser Zeit eher ein Kinder- denn ein Jugendhaus).

Die Ergebnisse der Werkstätten Zöllnerplatz und Stadtteilpark wurden vom Gartenteam in die Entwürfe eingearbeitet und die Entwürfe anschließend öffentlich im Stadtteil diskutiert und im Stadtteilbüro ausgehängt. Nach dem Wunsch der Stadtteiltrunde sollte überdies die Bevölkerung auch bei der konkreten Umgestaltung beteiligt werden. Sowohl die Kinder und Jugendlichen vom „Schlupfwinkel“ als auch einige Wohnungslose im Tagestreff hatten hierzu Bereitschaft signalisiert. Während dies für den Zöllnerplatz nicht realisiert werden konnte, wurde es für den Stadtteilpark versucht. Es fanden hier 1998 eine ganze Reihe von Gesprächen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltungskonzeption statt, an denen neben dem Stadtteilbüro das Amt für Stadterneuerung bzw. Baukoordination, das Garten-, Friedhofs- und Forstamt, Schüler und Schülerinnen sowie eine Lehrerin der Josephinenschule, Besucher und Besucherinnen sowie Mitarbeiterinnen des Kinder- und Jugendclubs „Schlupfwinkel“, das Umweltzentrum Chemnitz und die für die Gestaltung beauftragten Büros teilnahmen. Eine direkte Beteiligung bei der Umsetzung des Konzeptes ist vorgesehen.

Eine weitere Werkstatt, die zu einem Teilgebiet der Freifläche der Josephinenschule stattfand, muß eher als Fehlversuch verbucht werden. Trotz der Vorbereitungsarbeiten kamen nur etwa 10 Schüler und Schülerinnen, wobei nur 5 Jungs wirklich mit mehr oder weniger Begeisterung bei der Sache waren.

²² Beide Werkstätten wurden ausführlich dokumentiert (vgl. Schmitt, 1996 a und 1996 b). Zur Integration wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Bürgerinnen und Bürger in die Werkstatt zum Zöllnerplatz siehe auch Schmitt / Weber, 1997 und Schmitt, 1997 a und 1999 a.



Insgesamt können aus Sicht der „Lokalen Beteiligung“ zumindest die beiden Modellwerkstätten zum Stadtteilpark und zum Zöllnerplatz positiv gewertet werden. Positiv ist, daß es gelungen ist, ein Gespräch zwischen einigen der potentiellen späteren Nutzern bzw. Nutzerinnen der Flächen und der Planung herzustellen. Beim Stadtteilpark konnte zudem ein Abwägungsergebnis erzielt werden, mit dem zumindest alle Beteiligten der Werkstatt „leben“ konnten, insbesondere auch zu einem gemeinsamen Vorschlag für eine Zonierung der Fläche.

Es gibt jedoch eine Reihe negativ zu bewertender Aspekte, aus denen Lehren für weitere, ähnliche Aktionen gezogen werden können:

- Die Zahl der Teilnehmenden war bei allen Werkstätten wenig zufriedenstellend. Zudem waren die Zusammensetzungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sehr einseitig dominiert und es fehlten speziell einige der Zielgruppen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß sich die anwesenden Teilnehmer und Teilnehmerinnen oft nicht in dem Maße einbrachten, wie dies von Seiten der Moderation erhofft worden war. Erklärungsmöglichkeiten gibt es hier vielfältige: Eine Hemmschwelle, sich innerhalb eines Kreises von „wichtigen Leuten“ wie den Amtsvertretern und -vertreterinnen einzubringen, die Angst, etwas „Falsches“ zu sagen und / oder eine resignative Haltung bzw. die Überzeugung, daß das, was man hier vorbringt, ohnehin nicht realisiert werden wird und nur einer „Pseudobeteiligung“ dient.
- Bei der Werkstatt auf dem Zöllnerplatz konnten einige Teilnehmer und Teilnehmerinnen einfach auf ihrem Weg vom Einkaufen oder beim Hund ausführen „abgefangen“ werden, während bei der Werkstatt zum Stadtteilpark praktisch keine Passanten zufällig vorbei kamen. Dies liegt wohl in der Wahl des Standortes der Werkstatt begründet. Während der Zöllnerplatz von vielen Menschen auf alltäglichen Wegen genutzt wird, führt der Weg über den Josephinplatz nur zur Josephinenschule, wo nachvollziehbar am Samstag niemand hin möchte.
- Während die Kinder bei den Werkstätten zum Stadtteilpark und zur Josephinenschule (bei letzterer soweit überhaupt anwesend) sehr motiviert waren, ihre Ideen auch gestalterisch am Modell umzusetzen, schien dies für die meisten Erwachsenen zu ungewohnt, sie beschränkten sich in der Regel auf das Sammeln und die Diskussion von Stichwortzetteln.
- Die Diskussionen wurden weitgehend nicht direkt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern geführt, sondern über die Moderation und / oder die Vertreterinnen und Vertreter der Ämter vermittelt.
- Der enttäuschendste Faktor speziell der Werkstatt zum Zöllnerplatz war jedoch der letztendliche Einfluß der Ideen auf die tatsächlichen Gestaltungskonzepte. Gerade durch die ungünstige Lage des Zöllnerplatzes sind viele Ideen und Anregungen bestimmten Sachzwängen zum Opfer gefallen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Für die häufig gewünschten Spiel- und Sportanlagen auf dem Platz waren wegen der benachbarten Straßen die Mindeststandards bezüglich Sicherheit und Gesundheit nicht erfüllt bzw. hätten nur durch unverhältnismäßig hohe Sicherheitsaufwendungen erfüllt werden können.

Ausblick

Im Stadtteil selbst steht in nächster Zeit keine öffentliche Grünfläche zur Umgestaltung an, insofern wird es hier keine vergleichbaren Werkstätten mehr geben. Aber es können Lehren aus den Werkstätten für ähnliche Projekte in anderen Chemnitzer Stadtteilen gezogen werden:

1. Man sollte sich im Einzelfall zunächst einmal fragen, ob der Aufwand des Modellbaus gerechtfertigt ist. Das ist nur dann der Fall, wenn auch ein entsprechender Spielraum zum Einbringen bürgerschaftlicher Ideen vorhanden ist bzw. gewährt wird. Ein Platz, dessen Nutzung so stark von rechtlichen und anderen Restriktionen beschränkt ist wie der Zöllnerplatz, eignet sich für diese Methode kaum.
2. Ist ein entsprechender Spielraum vorhanden, lohnt sich der Aufwand für den Modellbau allerdings²³. Lernen kann man dabei aus den Erfahrungen der Werkstätten zum Zöllnerplatz und Stadtteilpark, daß man
 - sich andere Formen der Information und Motivation überlegen sollte,
 - die oben genannten Haltungen, Ängste und Hemmungen bestimmter Zielgruppen im Vorfeld besser reflektieren und in die Werkstattplanung integrieren sollte,
 - darauf achten sollte, daß tatsächlich stark frequentierte Orte bzw. entsprechende Zeiten für solche Veranstaltungen gewählt werden,
 - überlegen sollte, wie man zum Arbeiten am Modell motivieren kann, denn gerade am Modell können Interessens- und Nutzungskonflikte am besten deutlich gemacht und Gestaltungsideen ausgetestet werden.

Ein grundsätzliches Dilemma der Veranstaltungsform scheint zu sein, daß Diskussionen in der Regel nicht direkt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern geführt werden. Offensichtlich kommen Diskussionen zwischen bis dahin Fremden überwiegend erst dann zustande, wenn sie von der Moderation vermittelt werden. Dies ist gleich in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum einen ist ja gerade das direkte Gespräch zwischen Bürgern und Bürgerinnen mit unterschiedlichen Nutzungsinteressen ein Ziel der Werkstatt, zum anderen haben natürlich die „Offiziellen“ jeweils nur zwei Ohren und einen Mund, können dementsprechend nicht gleichzeitig mit allen reden. Da sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer um das Modell herum bewegen und in Grüppchen zusammenstehen, ist es aber nicht möglich, eine Art von Plenumsdiskussion zu führen. Gleichzeitig sollen die Teilnehmer sich ja aber auch frei bewegen und nicht „geordnet“ und andächtig der Moderation lauschend auf einem Fleck stehen. Es muß für die Zukunft daher ein Kompromiß gefunden werden, der irgendwo zwischen wildem Durcheinander und reden nach Wortmeldung liegt.

²³ Dies zeigen auch andere Erfahrungen aus Chemnitz: Ähnliche Werkstätten fanden ebenfalls unter der Moderation des Autors und in Zusammenarbeit mit dem Amt für Baukoordination und dem Jugendamt in Chemnitz zu Fußgängerbereichen im Großwohngebiet „Fritz Heckert“ statt. Diese verliefen in jeder Hinsicht besser: Sie waren besser besucht, es wurde auch tatsächlich am Modell gebastelt, es fanden mehr Diskussionen statt und nicht zuletzt fanden auch mehr der gesammelten Ideen Eingang in die Entwürfe, weil wesentlich weniger Sachzwänge vorhanden waren (ein Beispiel hierfür kann man nachlesen in Friedrich / Kupfer / Möbs / Schmitt, 1999)

4.5 Stadtteilzeitung „Brühl-BISS“

Die Stadtteilzeitung „Brühl-BISS“ („Bürger Informieren Sich Selbst“) sollte:

- Informationen über den Stand von URBAN und des Erneuerungsprozesses bieten,
- Quartierspresse zur Erhöhung der Stadtteilidentifikation darstellen,
- Forum für Meinungen der Bürgerinnen und Bürger sein sowie
- Öffentlichkeitsarbeit für die Stadtteiltrunde und das Stadtteilbüro leisten.



Werdegang

Ebenfalls bereits in den Vorgesprächen wurde von Seiten der „Selbsthilfe 91 e. V.“ die Idee einer Stadtteilzeitung eingebracht. Eine solche Zeitung sollte bewußt nicht die „offizielle Seite“ des URBAN-Programms darstellen - dafür gibt es ja das Amtsblatt -, sondern Organ der Stadtteiltrunde und der Bevölkerung sein.

Auch hier war man sich sowohl von Seiten der Verwaltung als auch von Seiten der Stadtteiltrunde schnell darüber einig, daß eine solche Zeitung sinnvoll ist. Unklar war jedoch zunächst die Finanzierung. Die Stadtteilzeitung wurde dabei so etwas wie eine „Gretchenfrage“ für die Stadtteiltrunde, an der Frage „Kommt die Zeitung, wenn wir beschließen, daß wir sie wollen?“ wurde auch ausgetestet, wie ernst das Angebot der Bürgerbeteiligung tatsächlich gemeint war.

Im September 1996 wurde schließlich vom Amt für Stadterneuerung die Finanzierung der ersten drei Ausgaben zugesagt, im Einzelnen die Sachkosten für Druck etc. sowie ein Honorar für eine freiberufliche Journalistin und Aktive der „Selbsthilfe 91 e. V.“ als Projektleiterin. Im Rahmen dieser drei Ausgaben sollte eruiert werden, inwieweit eine solche Zeitung von der Stadtteilbevölkerung angenommen wird und welche Vertriebswege sich anbieten sowie der Kreis der Redakteure und Redakteurinnen erweitert und in die Lage versetzt werden, auch ohne die professionelle Hilfestellung weiterzuarbeiten. Zudem sollte versucht werden, in dieser Zeit andere Finanzierungsquellen (Sponsoring, Werbung, Fördermittel) für die Sachkosten zu erschließen, so daß sich die Zeitung ab der vierten Ausgabe selbst finanzieren kann.

Diese ersten drei Ausgaben erschienen im Januar, Februar und März 1997. Es wurde dabei jedoch schnell deutlich, daß die Einschätzung einer Eigenfinanzierung ab der vierten Ausgabe wenig realistisch war. Zwar gab es seit der dritten Ausgabe Einnahmen aus Anzeigen²⁴, diese reichten jedoch bei weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. Zudem war die Akquisition äußerst zeitaufwendig und stand in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Einnahmen. Gestartete Zielgruppenaktionen bei den Gewerbetreibenden wie „Urlaubszeit - Reisezeit“ und „Kultur und Gastlichkeit am Brühl“ stießen auf keine große Resonanz, wobei die Argumente im wesentlichen „die Auflage ist zu gering“, „das Verteilungsgebiet betrifft nicht den eigenen Kundenkreis“, „die Zeitung ist nicht aktuell genug“, „derzeit ist nicht der

²⁴ Unklar war zunächst auch, wie solche Einnahmen abgerechnet werden können. Später wurde folgende Regelung gefunden: Jedes Redaktionsmitglied kann Aufträge für Anzeigen entgegen nehmen, die Abrechnung der Einnahmen erfolgt über das Amt für Stadterneuerung bzw. Baukoordination.

richtige Zeitpunkt für eine Anzeige“ und „wir haben kein Geld“ bzw. „die Anzeigen sind zu teuer“ waren. Auch die Reaktion auf 33 verschickte Investorenbriefe war äußerst zurückhaltend. Positiv ist zwar zu vermerken, daß schließlich die Anzeigenakquisition auf Provisionsbasis von der Existenzgründungsfirma „Loop-Media“ übernommen wurde, doch auch diese konnte nie mehr als die Hälfte der Kosten über Anzeigen decken. Und auch ein Antrag auf Aufnahme in das Förderprogramm der Robert-Bosch-Stiftung wurde abgelehnt.

Eingedenk dieser Probleme wurde im April 1997 von Seiten des Amtes für Stadterneuerung die weitere Finanzierung bis Ende 1997 über URBAN zugesagt und diese Zusage später bis Ende 1999 verlängert. So konnten im Zeitraum von Januar 1997 bis Dezember 1999 jährlich 9 Ausgaben, also insgesamt 27 Ausgaben des „BISS“ erscheinen. Anfang des Jahres 1999 erschien zudem ein Sonder-BISS „Brühl '99“, der eine Darstellung der Vereine, gastronomischen Einrichtungen und Veranstaltungen des Jahres 1999 im Stadtteil enthielt.

Nach einer Briefkastenverteilung bei der ersten Ausgabe (um die Zeitung bekannt zu machen) wurde der „BISS“ bei den weiteren Ausgaben von den Redaktionsmitgliedern in fast allen Geschäften, Arztpraxen, öffentlichen Einrichtungen u. ä. im Viertel ausgelegt. Ab Ausgabe März 1999 wurde diese Verteilungsform geändert, da erstens deutlich wurde, daß in einigen Läden – insbesondere solchen mit wenig Kundschaft aus dem Stadtteil - der BISS nur wenig nachgefragt wurde oder aber auch unter dem Ladentisch verschwand, sobald der Verteiler oder die Verteilerin den Laden verlassen hatte, zum anderen die Redaktion den Aufwand der monatlichen Verteilung reduzieren wollte. Seitdem wurde der BISS nur noch in einigen ausgewählten Läden und Einrichtungen mit viel Laufkundschaft aus dem Stadtteil ausgelegt. Die Verteilungsstellen wurden dabei in jedem BISS abgedruckt.

Die Nachfrage war insbesondere nach Aussage der Händler, bei denen die Zeitung auslag, sehr groß. Es gab sogar positive Reaktionen von außerhalb des Stadtteils. Der „BISS“ wurde gut angenommen und gerne gelesen²⁵.

Die Redaktion arbeitet bis auf die Projektleiterin ehrenamtlich, das Layout wurde zunächst von einem Schüler gegen eine kleine Gebühr übernommen, später von der Redaktionsleiterin. Trotz des Titels „Bürger informieren sich selbst“ beteiligten sich von Anfang nur wenig Leute aus dem Stadtteil an der Redaktion. Zwar waren bei der ersten Redaktionssitzung eine ganze Reihe von Interessierten anwesend und auch bei den folgenden Sitzungen kamen immer wieder neue Bürger oder Bürgerinnen hinzu, aber zumeist blieb die Mitarbeit eine einmalige Angelegenheit. Und wenn sich auch schließlich ein fester Stamm an ehrenamtlichen „Schreiberlingen“ und Austrägern etablierte, blieben doch letztendlich die organisatorischen, konzeptionellen und inhaltlichen Arbeiten an der Projektleiterin hängen. Teilweise beschränkte sich die Mitarbeit auch darauf, Informationen zu liefern, die dann aber von der Projektleiterin in Textform gebracht werden mußten.

Die Druckvorlagen des BISS wurden jeweils dem Amt für Stadterneuerung bzw. Baukoordination vorgelegt, das in der Regel jedoch den Inhalt akzeptierte. Lediglich in zwei Fällen wurde vom damaligen Leiter des Amtes für Stadterneuerung eine Änderung verlangt, was jeweils zu Konflikten mit der Redaktion führte. Konflikte gab es aber auch zwischen der Redaktion und lokalen Händlerinnen und Händlern: In der Broschüre „Brühl 2000“ wurde im Zuge der Vorstellung lokaler Vereine auch die Händlergemeinschaft „Fördergemeinschaft Brühl-Boulevard e. V.“

²⁵ Dies zeigte nicht zuletzt die Tatsache, daß es sogar Bürgerbeschwerden gab, wenn der BISS an einer Auslegestelle zu spät erschien oder auch jene, daß Geschäfte, die sich anfänglich weigerten, den BISS im Laden auszulegen (denn auch solche gab es), diesen später gerne annahmen.

inklusive deren Mitglieder vorgestellt. Einige Händlerinnen und Händler auf dem Boulevard, die nicht Mitglied des Fördervereins waren, fühlten sich dabei übergangen.

Ausblick

Der BISS ist als Sprachrohr und wichtigstes Medium der Akteure der Lokalen Beteiligung ein praktisch unentbehrlicher Bestandteil der „Lokalen Beteiligung“ geworden. Dem wurde Rechnung getragen, indem eine weitere Finanzierung der Druckkosten noch bis Ende Juni 2001 aus URBAN-Mitteln zugesagt wurde. Klar ist aber, daß man den BISS in der jetzigen Form nicht dauerhaft über die öffentliche Hand, Fördertöpfe o. ä. finanzieren kann. Die „Galgenfrist“ bis Juni 2001 soll daher genutzt werden, um nochmals zielgerichtet auf die Selbständigkeit hinzuarbeiten. Hierfür wurden in der Redaktion zwei Grundmodelle diskutiert:

Das erste Modell ist jenes, daß sich die Redaktion professionalisiert und verstärkt um Sponsoren und Anzeigenkunden geworben wird. Da professionelle Arbeit auch Geld kostet, müßte bei diesem Modell perspektivisch nicht nur die Finanzierung der Druckkosten, sondern auch jene von Personal- bzw. Honorarkosten über Anzeigen und Sponsoring dauerhaft gesichert werden. Denn konsequenterweise müßte in diesem Modell die Redaktion eine eher kleine sein, die aber für ihre Leistungen auch bezahlt wird (vergleichbar etwa mit dem Chemnitzer Monatsblatt „Stadtstreicher“) - was natürlich nicht heißen sollte, daß nicht jeder Bürger und jeder Verein, der gerne einen Artikel unterbringen möchte, dies auch weiterhin tun kann. Dieses Modell entspricht etwa dem, was sich das Büro REGIOPLAN in einem im Rahmen von URBAN erstellten Stadtteilmarketingkonzept für die Zukunft des BISS vorstellt: Er soll in deren Konzept nicht zuletzt auch Werbemittelpunkt für das Marketing der Boulevard-Händlergemeinschaft werden. Für die „Galgenfrist“ würde das bedeuten, daß die Redaktion in dieser Zeit vor allem versuchen müßte, Anzeigenkunden zu werben, den BISS als zentralen Werbeträger im Stadtteil zu etablieren und Leute zu suchen, die professionell zuarbeiten (Artikel, Layout). Der Vorteil dieses Modells: Die Qualität der Artikel bliebe gut bzw. würde sich noch steigern, was die Attraktivität als Werbeträger erhöhen würde. Die Arbeit würde auf wenige konzentriert, die dafür aber auch entlohnt würden. Der Nachteil: Auf den Untertitel „Bürger informieren sich selbst“ müßte dann eigentlich verzichtet werden. Und es bestünde wie bei jedem über Anzeigen finanzierten Blatt die Gefahr, die Unabhängigkeit gegenüber den Werbekunden zu verlieren.

Das zweite Modell ist jenes, daß die Redaktion langfristig eine ehrenamtliche wird (etwa wie bei der Chemnitzer Wohnungslosenzeitschrift „Das DACH“) bzw. der BISS zu einem großen Teil aus Beiträgen besteht, die aus dem Stadtteil zugearbeitet werden. Das hieße dann auch, das fast alles was eingeht, als Meinungsäußerung abgedruckt würde. Die Verantwortung trüge dann natürlich nicht die Redaktion, sondern der jeweilige Autor oder die jeweilige Autorin. Über Anzeigen müßten in diesem Modell „nur noch“ die Druckkosten und evtl. ein geringes Honorar für die Koordination geleistet werden bzw. man könnte in diesem Modell auch mal über einen Verkauf nachdenken, da die Kosten pro Exemplar sich nur auf etwa 1,- DM belaufen würden. Für die „Galgenfrist“ würde das heißen, daß die Redaktion verstärkt im Stadtteil um Beiträge werben und sich einen festen Stamm von Zuträgerinnen und Zuträgern (Menschen und Institutionen) aufbauen müßte, die für jede Ausgabe jeweils einen fertigen Text liefern – etwa Vereine über das aktuelle Vereinsprogramm und -geschehen. Aufgabe der Redaktion während der „Galgenfrist“ wäre es zudem, sich selbst zu professionalisieren, so daß die Ehrenamtlichen möglichst bald auch ohne professionelle Unterstützung in der Lage wären, den BISS zu erstellen. Der Vorteil dieses Modells: Der BISS würde dem Untertitel

„Bürger informieren sich selbst“ tatsächlich gerecht, im günstigsten Falle würden die eingehenden Beiträge auch die Stimmungen und unterschiedlichen Positionen im Stadtteil widerspiegeln. Der Nachteil: Es bliebe natürlich immer noch eine ganze Menge Arbeit übrig (Koordination, Layout, Austragen etc.), die wahrscheinlich an wenigen hängenbliebe, und zwar als „Ehrenamt“. Und die Qualität der Berichterstattung würde sinken, was sich auch nachteilig auf die derzeit gute Nachfrage in der Bevölkerung niederschlagen könnte.

Die Perspektive, auf die sich die Redaktion schließlich geeinigt hat, ist folgende:

- Wichtig ist, daß der BISS als Stadtteilzeitung auch stadtteilbezogene Informationen auf hohem Niveau bringt. Lediglich Artikel sammeln wie bei „Das DACH“, das ja eher ein Sammelsurium dessen darstellt, was die ehrenamtlichen Autorinnen und Autoren gerade gerne mal loswerden wollen, entspricht nicht dem Gedanken des BISS. Es soll weiterhin ein Schwerpunktthema und eine klare Konzeption pro Ausgabe geben. Die Erfahrung zeigt, daß eine solche Stadtteilzeitung eines koordinierenden Kopfes bedarf, der den dafür notwendigen Aufwand wiederum kaum in einem rein ehrenamtlichen Rahmen bewältigen kann. Insofern wird eher das Modell 1 präferiert, d. h. der BISS soll spätestens ab Mitte 2001 über Werbung und Sponsoring genügend Mittel erwirtschaften, daß er finanziell unabhängig wird, also daß Druck, Redaktion, Layout, Verteilung etc. damit bestritten werden können. Bezüglich der Beschränkung der Unabhängigkeit durch Werbekunden soll zunächst abgewartet werden, wie stark sich diese tatsächlich einstellt - notfalls muß irgendwann die „Notbremse“ gezogen werden.
- Es sollen aber auch Elemente des Modells 2 in den BISS einfließen. So sind ehrenamtliche Mitarbeit und freie Beiträge aus der Bevölkerung auch weiterhin wichtig und sollen künftig wieder vermehrt angeregt werden. Zudem soll der BISS die Bevölkerung konkret ansprechen, bestimmte Dinge öffentlich machen und kritischer werden. Dabei soll die Redaktion mehr recherchieren. Um das Wissen über das Geschehen im Stadtteil erweitern zu können soll z. B. über Sprechstunden an verschiedenen Stellen des Stadtteils nachgedacht werden.

Zur Umsetzung dieser Perspektive wurden auch bereits einige Schritte eingeleitet:

- Am 23. November 1999 wurde der Verein „Bürger informieren sich selbst (BISS)“ gegründet, der künftig den BISS herausgeben und über die Mitgliederversammlung die Inhalte (etwa in bezug auf eine zu starke Abhängigkeit von Werbekunden) kontrollieren soll.
- Eine Firma, die auch bereits Anzeigenakquisition und Layout für das Vereinsblatt „Kaleidoskop“ der „Selbsthilfe 91 e. V.“ übernommen hat, hat seit Januar 2000 probeweise die Akquisition für den BISS übernommen.
- Im Rahmen des Qualifizierungsprojektes „ARBEIT 2000“²⁶ der „Neuen Arbeit Chemnitz“ wird ein Qualifizierungskurs für die Erstellung von Stadtteilzeitungen und anderen Printmedien in der Stadtteilarbeit angeboten, in dem sich die Redaktion weiter qualifiziert.

²⁶ Siehe unten.

4.6 Stadtteilstefte

Stadtteilstefte sollen...

- eine Gelegenheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Brühl-Nordviertels darstellen, sich in einem lockeren Rahmen kennenzulernen, Vorurteile abzubauen und neue Formen des Zusammenlebens zu initiieren,
- stadtteilkulturelle Höhepunkte schaffen und als Bezugspunkte für eine Stadtteilidentifikation dienen,
- die bestehenden lokalen Potentiale der Soziokultur weiter vernetzen und ein stadtteilorientiertes Netzwerk festigen sowie
- Gelegenheit bieten, über die Stadtteilentwicklung und die vorhandene Soziokultur zu informieren.



Werdegang

Schon in den ersten schriftlichen Ideenskizzen des Vereins „Selbsthilfe Wohnprojekt Further Straße (SWF) e. V.“ und der „Selbsthilfe 91 e. V.“ nach dem Ideenaustausch im Mai 1996 wurden Stadtteilstefte als wünschenswerter Bestandteil der „Lokalen Beteiligung“ benannt. Diese Idee wurde von der Stadtteiltrunde 1996 übernommen.

Nachdem ein solches Fest im Jahre 1996 nicht realisiert werden konnte, traf sich im Frühjahr 1997 ein Kreis von Aktiven aus der Jugend- und Sozialarbeit, um das Projekt für 1997 voranzutreiben. Die Intention war dabei, insbesondere Jugendliche aus dem infrastrukturell benachteiligten Gebiet im Norden des Stadtteils zu demonstrieren, daß auch bei ihnen noch „etwas passiert“ und sie bzw. das Gebiet nicht vollkommen „vergessen“ sind. Konkret wurde hierfür ein „Zöllnerplatzfest“ als Kleinkunst- und Musikfestival mit entsprechendem Rahmenprogramm auf dem Zöllnerplatz anvisiert. Zeitgleich wurde von Seiten der „Fördergemeinschaft Brühl-Boulevard e. V.“ für den 31. Mai 1997 das traditionelle Kinder- und Familienfest vorbereitet. Nachdem beiden Seiten bekannt wurde, daß parallele Planungen existieren, gab es Bestrebungen, die beiden Veranstaltungen zeitlich zu koppeln. Im weiteren Verlauf der Planung wurde von Seiten der Fördergemeinschaft jedoch befürchtet, daß sich die beiden Veranstaltungen durch den großen räumlichen Abstand zwischen dem südlichen Eingangsbereich des Boulevards als Schwerpunkt des Kinderfestes und dem Zöllnerplatz eher gegenseitig konkurrieren als ergänzen könnten. Eine Verlagerung des Zöllnerplatzfestes auf den Boulevard schien wiederum der Vorbereitungsgruppe dieser Veranstaltung nicht sinnvoll, da hier die Intention war, das Fest ausdrücklich in den eher peripheren Wohnbereich hineinzugetragen und daneben die Gelegenheit des „Open-Air-Ambientes“ eines grünen Platzes zu nutzen, die sich insbesondere durch den im Rahmen von URBAN vorgesehenen Umbau des Zöllnerplatzes anbot.

Die Vorbereitungsgruppe für das Zöllnerplatzfest entschloß sich daher, dieses auf einen späteren Termin zu verschieben²⁷.

Von Seiten der „Lokalen Beteiligung“ und des Stadtteilbüros wurde jedoch als Bestandteil des Kinderfestes am 31. Mai 1997 auf dem Boulevard ein Stadtteilmarkt organisiert. Als Ergänzung zu den Hauptattraktionen, nämlich den von der Fördergemeinschaft organisierten Musikdarbietungen, Spiel-, Bastel- und Schminkangeboten, Wettbewerben und Tanzvorführungen vor allem im südlichen Bereich des Boulevards und den drei Theateraufführungen der Kleinkunstschule des Hauses ALMA präsentierten sich auf diesem Stadtteilmarkt im Boulevardbereich vor der Rosa-Luxemburg-Schule im Stadtteil aktive Vereine und Initiativen sowie städtische Ämter und Projekte, Bauträger und natürlich URBAN und die „Lokale Beteiligung“ selbst.

Auch die Idee eines „Zöllnerplatzfestes“ wurde - wie dargestellt - lediglich verschoben, nicht aufgegeben und fand weiterhin Unterstützung auf der Stadtteilerunde sowie auf der „Themenrunde Jugend“ im Mai 1997. Ein solches Fest auf dem Zöllnerplatz fand am 12. Juli 1997 erstmals als ein Gemeinschaftsprojekt einer ganzen Reihe lokaler Akteure unter Federführung des Stadtteilbüros und der „Mobilen Jugendarbeit Innenstadt“ statt.

Es wurden dabei Spiel- und Bastelangebote von verschiedenen städtischen und freien Jugend- und Kindereinrichtungen (u. a. Haus Spektrum, Haus ALMA, „Schlupfwinkel“, „AJZ e. V.“) organisiert, lokale Bands traten zu einer Solidaritäts-gage auf, Essen und Trinken wurde von der Bürgerinitiative, einem Verein sowie einer Gaststätte am Zöllnerplatz angeboten, der Aufbau der Bühne und eines Bauzaunes erfolgte über die ASS-Maßnahmen der Vereine „BBAS e. V.“ und „Selbsthilfe 91 e. V.“. Die Finanzierung der übrigen Sachkosten erfolgte über einen Mix, teilweise über Sponsoring (z. B. die Bühne und die Beschallungsanlage), teilweise über URBAN (Werbung, Strom, u. a.).

Am 13. Juni 1998 fand ein weiteres Zöllnerplatzfest²⁸ statt, wobei es diesmal mit einem Fest der „Fördergemeinschaft Brühl-Boulevard e. V.“ auf dem Boulevard gekoppelt war und bei der Werbung und der Organisation mit dem Förderverein zusammengearbeitet wurde. Zudem organisierte das Stadtteilbüro auf dem Boulevard zum Termin des gemeinsamen Zöllnerplatz- und Boulevardfestes wieder einen Stadtteilmarkt²⁹ sowie in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ein Fußballturnier auf dem Sportplatz der Josephinenschule³⁰ und ein Streetballturnier auf dem neu errichteten Ballspielplatz in der Mühlenstraße³¹. Die Koppelung all dieser Aktivitäten erwies sich jedoch als problematisch, insbesondere weil durch

²⁷ Es gab im Zuge dieser Gespräche eine Reihe von Mißverständnissen und Konflikten, die nicht zuletzt durch einen Artikel in einer Chemnitzer Lokalzeitung verschärft wurden und zu einer gestörten Kommunikation zwischen der Fördergemeinschaft und der Person des Koordinators der „Lokalen Beteiligung“ sowie der Stadtteilerunde führte. Mit Hilfe des Amtes für Stadterneuerung konnte diese Situation jedoch weitgehend aufgefangen werden. Zu erwähnen ist noch, daß die terminliche Verlagerung des Zöllnerplatzfestes nicht alleine mit der Gefahr einer Konkurrenz der beiden Feste zu tun hatte. Es sprachen vielmehr eine ganze Reihe pragmatischer Gründe (Pressearbeit, Amtswege, Sponsorensuche) dafür, sich länger Zeit mit der Vorbereitung zu lassen. Ursprünglich war für das Fest auf dem Zöllnerplatz ein Termin im Hochsommer projektiert worden und die Vorverlegung auf den 31.5. resultierte ausschließlich aus dem Wunsch, das Musikfest mit dem Kinderfest zu koppeln.

²⁸ Federführung, Programm, Finanzierung entsprachen im wesentlichen dem Zöllnerplatzfest 1997 (siehe oben), wobei diesmal neben Livemusik auch Kleinkunst und Theaterstücke dargeboten wurden.

²⁹ Entsprechend des Stadtteilmarktes auf dem Boulevardfest im Mai 1997 (siehe oben).

³⁰ Siehe unten.

³¹ Siehe unten.

die Konzentration der Aktivitäten ein Überangebot entstand und sich diese auch in einer im Vergleich zu mehreren eigenständigen Veranstaltungen schwächeren Resonanz in den lokalen Medien niederschlug. Für das Jahr 1999 wurde daher einvernehmlich beschlossen, nach dem Motto „weniger ist mehr“ die Veranstaltungen wieder zu trennen. Die Durchführung gleich mehrerer Feste und Veranstaltungen im Verlauf des Sommers wurde sowohl im Hinblick auf das wohnungsnahe Angebot für die Bürger und Bürgerinnen als auch im Hinblick auf die Außendarstellung des Stadtteils als positiver eingeschätzt.

Am 17. Juni 1999 fand daher das dritte Zöllnerplatzfest wieder zeitlich unabhängig vom Kinderfest der Fördergemeinschaft auf dem Boulevard statt. Auch gab es eine Reihe organisatorischer Änderungen: So war in diesem Jahr das Kinder- und Jugendhaus „Schlupfwinkel“ neben der „Mobilen Jugendarbeit Innenstadt“ und dem Stadtteilbüro federführend an der Organisation beteiligt. Das Fest fand nicht wie in den Vorjahren direkt auf dem Zöllnerplatz, sondern im Innenhof der Grundstücke Zöllnerplatz 9 a, 10 und 11 statt³². Das Fest wurde mit einer Open-Air-Aufführung des DEFA-Klassikers „Und nächstes Jahr am Balaton“ abgeschlossen. Zudem wurde das Fest 1999 erstmals mit Mitteln der kommunalen Kunst- und Kulturförderung unterstützt. Und schließlich wurden für das Zöllnerplatzfest 1999 neben den Formen der Öffentlichkeitsarbeit aus den Vorjahren (Pressemitteilungen an die lokalen Printmedien, den Rundfunk und das Lokal-TV, langfristige Ankündigung über die Stadtteilzeitung „BISS“, Verteilung von Plakaten im Stadtteil und in ausgewählten gastronomischen und kulturellen Einrichtungen außerhalb des Stadtteils) auch 60 Werbeflächen der Firmen STROER und DSR genutzt, wobei der Schwerpunkt der Verteilung auf dem Stadtteil Brühl-Nordviertel und den angrenzenden Stadtteilen lag.

Rückblickend ist zu sagen, daß bei den Zöllnerplatzfesten gleich in mehreren Beziehungen ein jährlicher Fortschritt zu erkennen ist:

1. Die Resonanz auf das Zöllnerplatzfest steigerte sich von Jahr zu Jahr. 1999 wurde das Fest insgesamt von etwa 500 Menschen besucht³³, aus Sicht der Veranstalterinnen und Veranstalter ist dies eine zufriedenstellende Resonanz. Dabei konnte das Ziel, den Bewohnern und Bewohnerinnen des Brühl-Nordviertels das Erleben von Kultur im eigenen Stadtteil zu ermöglichen, weitgehend umgesetzt werden.

2. Durch das vielfältige Programm konnte auch ein breites Spektrum an Besuchern und Besucherinnen für das Fest interessiert werden, so daß ein weiteres Ziel des Festes, nämlich eine Gelegenheit zu bieten, sich in einem lockeren Rahmen kennenzulernen, ebenfalls weitgehend erfüllt werden konnte. Besonders erfreulich war, daß es nicht zuletzt durch das Mitwirken von Vereinen der Jugend-, Sozial-, Wohnungslosen- und Arbeitslosenarbeit auch gelang, viele Menschen in sozialen Krisenlagen (z. B. Langzeitwohnungslose, obdachlose Jugendliche) zu integrieren, und zwar nicht nur als Teilnehmer bzw. Teilnehmerinnen, sondern auch bei der Vorbereitung und Durchführung des Festes³⁴.

³² Der Zöllnerplatz war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Arbeiten zur Umgestaltung des Platzes noch nicht nutzbar.

³³ Wobei allerdings durch die hohe Fluktuation (viele Besucherinnen und Besucher kamen nur wegen bestimmten Programmpunkten, etwa nur wegen der Live-Musik, nur wegen des Kindertheaters oder nur wegen des Films) im Durchschnitt nur etwa jeweils 250 Menschen gleichzeitig auf dem Fest waren.

³⁴ Zur Funktion des Zöllnerplatzfestes als Chance zur Partizipation am Stadtteilleben für Menschen in sozialen Krisenlagen vgl. Schmitt, 1999 a.

3. Weiter war es aus Sicht der Veranstalterinnen und Veranstalter positiv, daß die Feste immer mehr als Gemeinschaftsprojekt zahlreicher lokaler Vereine und Initiativen, in Kooperation mit lokalen Gewerbetreibenden und mit der finanziellen Unterstützung lokaler Sponsoren zustande kamen. Somit hatte sich das Ziel weitgehend erfüllt, mit dem Fest ein lokales Netzwerk aus Bewohnerinnen und Bewohnern, Vereinen der Sozial-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit, der lokalen Wirtschaft und Künstlerinnen bzw. Künstler der Stadt zu festigen.

4. Dies wirkte sich nicht zuletzt auf die Finanzierung aus. Für eine ganze Reihe der Angebote wurden auf den Festen von den Mitwirkenden Eigenleistungen eingebracht. Da die Initiatoren und die Mitwirkenden weitgehend über nur sehr geringe finanzielle Mittel verfügten, bestanden diese vor allem in der Bereitstellung von Material und personeller Kraft für:

- die Koordinations-, Organisations- und Motivationsarbeit für das Fest (z. B. Durchführung von Vorbereitungsrunden, Beantragung der notwendigen Genehmigungen, Gespräche mit Sponsoren, Programmplanung und Gespräche mit Gastronomie, Musikerinnen und Musikern etc.),
- die Spiel- und Kreativangebote,
- große Teile der Öffentlichkeitsarbeit (Presseinformation, Redaktion der Sonderausgabe der Stadtteilzeitung, Verteilung derselben und der Plakate im Stadtteil und ausgewählten gastronomischen und kulturellen Einrichtungen der Stadt) sowie
- logistische Arbeiten (Beschaffung von Bühne, Strom, Beschallung, Toiletten etc.).

Zudem konnten auch die Mittel aus Sponsoring jährlich erhöht werden.

5. Schließlich wurde auch deutlich, daß sich im Laufe der drei Zöllnerplatzfeste Routinen einstellten und Kommunikationsnetze entwickelten, welche die Vorbereitung und den Ablauf des Festes wesentlich erleichterten.

Ausblick

Gezeigt hat sich auch, daß das Fest mittlerweile im Brühl-Nordviertel und auch darüber hinaus einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hat und als „Tradition“ angesehen wird³⁵. Im Jahr 2000 fand daher ein weiteres Zöllnerplatzfest statt, für das letztmalig Mittel aus URBAN zur Verfügung standen. Für die Folgejahre muß nun versucht werden, das Fest vollständig aus anderen Mitteln zu finanzieren. Hierfür müssen einerseits die über Sponsoring einfließenden Mittel noch erhöht werden, zum anderen wird auch für 2001 und die Folgejahre auf einen Zuschuß aus der kommunalen Kunst- und Kulturförderung gehofft.

Eine Übertragung der Erfahrungen aus der Organisation der Feste auf andere Stadtteile ist schwierig, da letztendlich gerade die Programmausgestaltung davon lebt, welche Potentiale im Stadtteil vorhanden sind bzw. über welche Kontakte und persönliche Netzwerke die Organisatorinnen und Organisatoren verfügen. Dies wird für jeden Stadtteil und jede Organisationsgruppe anders sein. Einige allgemeine Hinweise können jedoch gegeben werden:

- Früh mit Terminplanung und Organisation beginnen. Die Planung für ein solches Fest sollte z. B. wegen der einzuholenden Genehmigungen, der langfristigen Finanzplanung potentieller Investoren und anderen Faktoren sehr frühzeitig beginnen, mindestens ein dreiviertel Jahr vor dem Veranstaltungstermin.

³⁵ Interessant dabei ist, daß unterschiedliche Bevölkerungsgruppen das Fest unterschiedlich wahrnehmen. So fragen ältere Leute eher: „Wann ist denn wieder Wohngebietsfest?“, während Jugendliche eher fragen: „Wann ist wieder Open-Air-Konzert?“ etc. Dies spricht nicht zuletzt auch für die Vielfalt des Festes.

- Der Anspruch, möglichst viele verschiedene Bewohnerinnen und Bewohner anzusprechen, verlangt auch ein vielfältiges Programm – es sollte also nicht nur ein Teilpublikum befriedigt werden (etwa lediglich Punk-Fans oder lediglich Freunde Böhmischer Blasmusik). Durch bestimmte Angebote können bestimmte Gruppen gezielt für das Fest interessiert werden (so konnte z. B. durch die Integration einer afrikanischen Band 1997 bzw. eines afrikanischen Trommlers 1998 eine größere Zahl afrikanischer Bürgerinnen und Bürger für das Fest interessiert werden). Zudem erweist sich gerade eine Mischung aus Kulturprogramm und betreuten Kinderaktionen als positiv: So wird den Eltern Gelegenheit gegeben, sich „ungestört“ dem Fest zu widmen, während ihre Kinder beaufsichtigt werden.
- Die Veranstaltung eines solchen Festes ist sehr arbeitsintensiv. Werden die einzelnen Aufgaben zur Vorbereitung nicht geteilt, kann sie die Alltagsarbeit einzelner, beteiligter Projekte über Wochen blockieren. Wichtig ist daher die frühzeitige Delegation von Arbeiten. Es empfiehlt sich auch, u. U. einzelne Bereiche wie die gastronomische Versorgung zumindest teilweise an professionelle Dienstleister abzugeben. Dabei ist wichtig zu beachten, daß solche Feste als Gemeinschaftsprojekte nicht mit „Chefs“ laufen, sondern nur mit „Federführern“. Diese Federführung kann nicht durch Befehle und Anweisungen, sondern nur durch Bitten, Argumentieren, Überzeugen und den Einsatz persönlicher Autorität und Sympathie etc. geschehen.
- Ein solches Fest steht gerade in den Sommermonaten immer in Konkurrenz zu anderen „Events“ in der Stadt, sowohl was die Resonanz der Besucher angeht als auch in bezug auf die Resonanz der Presse vor und nach dem Fest. Es ist daher wichtig, bereits bei der Terminplanung die mögliche Konkurrenz zu anderen Veranstaltungen zu prüfen.
- Die Erfahrungen der Zöllnerplatzfeste zeigt: Weniger ist mehr! Bei den Kinderaktionen z. B. werden die Kinder von zu vielen Angeboten eher überfordert, bei der gastronomischen Versorgung bleibt für die einzelnen Anbieterinnen und Anbieter bei einem Überangebot zu wenig Kundschaft übrig. Ein solches Fest lebt von der qualitativen Vielfalt, nicht von der Quantität. Und man sollte gut überlegen, ob man sehr viele Aktivitäten auf einen Termin zentriert. Es empfehlen sich eher mehrere kleine Veranstaltungen im Verlaufe eines Jahres.

4.7 Fußballturnier um den Brühl-Pokal

Werdegang

Auf der Themenrunde Wohnungslosigkeit im März 1998 kam die Idee auf, zwischen den Mannschaften der Tagestreffs für Wohnungslose „Das DACH“ (AWO) bzw. „Haltestelle“ (Stadtmission) und den Sachbearbeitern des Sozialamtes ein Fußballspiel auszurichten. Dabei sollte beiden Seiten die Gelegenheit gegeben werden, die Menschen, die man sonst nur als jene auf der anderen Seite des Schreibtisches kennt, in einem neuen Zusammenhang kennenzulernen.

Ein solches Turnier konnte im Rahmen des Zöllnerplatzfestes 1998 auf dem Sportplatz der Josephinenschule durchgeführt werden. Über das Stadtteilbüro wurde ein Wanderpokal besorgt und der DGB stiftete für alle Teilnehmer Medaillen mit Gravur. Neben den oben genannten drei Mannschaften nahmen auch noch eine Mannschaft der Josephinenschule, eine des Kinder- und Jugendclubs „Schlupfwinkel“ und eine Hilbersdorfer Jugendmannschaft teil. Da Teilnehmer und Organisatoren das Turnier und die Möglichkeit der Begegnung außerhalb des gewohnten Rahmens als sehr positiv empfanden, wurde beschlossen, ein solches Turnier jährlich auszurichten.



Im Juni 1999 fand das Turnier daher zum zweiten Male statt, diesmal unter der Schirmherrschaft des Chemnitzer Bürgermeisters Peter Fittig und unter zusätzlicher Beteiligung einer Jugendmannschaft der „Mobilen Jugendarbeit Innenstadt“. Dieses zweite Turnier erstreckte sich über den ganzen Tag und es wurde mehr Gelegenheit zur Begegnung im Rahmen eines „gemütlichen Beisammenseins“ am Rande und nach den Spielen geboten (Getränke- und Würstchenverkauf, Musik durch einen DJ etc.). Um das Turnier als eigenständigen „Höhepunkt“ im Stadtteil zu etablieren, wurde es zudem terminlich vom Zöllnerplatzfest getrennt.

In beiden Fällen wurde das Fest durch das Zusammenwirken ganz unterschiedlicher Akteure möglich gemacht. Neben dem Stadtteilbüro, der „Neuen Arbeit Chemnitz“, den Tagestreffs „Das DACH“ und „Haltestelle“, dem Schlupfwinkel und der „Mobilen Jugendarbeit Innenstadt“ beteiligten sich vor allem der ESV Lok und die Josephinenschule, die u. a. den Platz und die Duschen stellte. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich aus Eigenleistungen³⁶ und Sponsoring (z. B. Trikots, Preise, Brötchen, Würstchen, Getränke).

Ausblick

Das dritte Brühlturnier fand im Jahre 2000 statt und soll auch künftig jährlich durchgeführt werden. Zum einen, weil es auf gute Resonanz bei den Beteiligten stieß, zum anderen, weil mit ihm – ähnlich wie mit dem Zöllnerplatzfest – ein lokales Netzwerk aus Bewohnerinnen und Bewohnern, Vereinen der Sozial-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie Sportvereinen und lokalen (Klein-) Sponsoren gefestigt wird.

³⁶ Auch hier bestanden die Eigenleistungen im wesentlichen in der Bereitstellung von Material und personeller Kraft – vgl. die entsprechenden Ausführungen zum Zöllnerplatzfest.

4.8 AG Brühlgeschichte

Werdegang

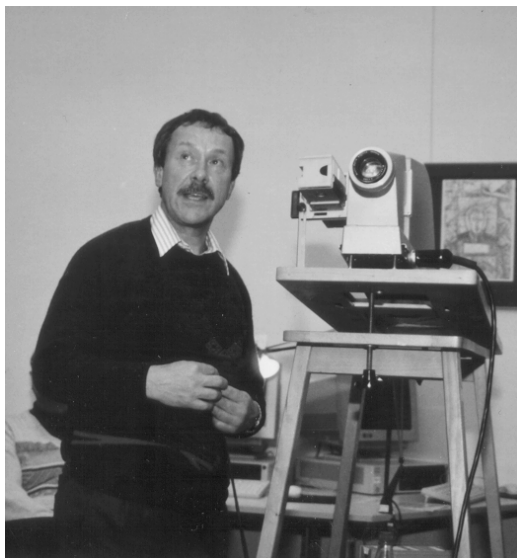
In Kooperation mit dem Kulturamt wurde Mitte 1997 die Gründung einer AG Brühlgeschichte angestoßen. Es konnten zwei erfahrene Mitglieder des Chemnitzer Geschichtsvereins für die Leitung gewonnen werden. Honorar- und Sachmittel wurden aus URBAN zur Verfügung gestellt. Nach und nach konnte eine Gruppe von Interessierte im Alter von 23 bis 75 Jahre gefunden werden. Die AG traf sich regelmäßig im Stadtteilbüro und als Ergebnis der Arbeit sind vier stadtteilhistorische Ausstellungen im Lesecafé der Stadtbibliothek entstanden, nämlich:

- "Die Entstehung des Stadtteils und seiner Industrie",
- "Leben und lernen im Stadtteil",
- „Auch auf dem Brühl ging es rund..." und
- „Visionen und Realitäten im Stadtteil".

Zudem wurden Diavorträge und historische Exkursionen durch den Stadtteil organisiert. Die Erarbeitung wichtiger historischer Bezüge zum Stadtteil sollte dabei nach dem Selbstverständnis der AG keine rein nostalgische sein, sondern auch in die Zukunft weisen: Ziel der AG war es, über die Geschichte eine Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit ihrem Stadtteil zu fördern.

Ausblick

Die Arbeit der AG und die Ausstellungen stießen auf großes Interesse im Stadtteil wie auch in den lokalen Medien. Im Oktober 2000 fand eine Gesamtausstellung aller vier Ausstellungen im Schloßbergmuseum statt und es erfolgte das Veröffentlichen der Ergebnisse in Buchform mit finanzieller Unterstützung von URBAN³⁷.



Es ist allerdings zu befürchten, daß damit die Arbeit der AG zu Ende ist und sich die AG auflöst. Die Hauptarbeit der AG wird nach wie vor von den beiden Projektleitern übernommen, die jedoch die Arbeit nach Ablauf des URBAN-Programms einstellen werden. In jedem Fall sollte von Seiten des Stadtteilbüros an die Mitglieder der AG das Angebot ergehen, sich auch künftig und ohne fachliche Begleitung regelmäßig im Stadtteilbüro zu treffen, evtl. als eine Art stadtteilhistorischer Stammtisch.



³⁷ Vgl. Chemnitzer Geschichtsverein e. V. in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Brühl-Geschichte, 2000.

4.9 Ballspielplätze und Pavillon

Werdegang

Aufgrund der Einschätzung, daß es im Stadtteil faktisch keinen öffentlich zugänglichen Platz zum Bolzen und für andere Ballspiele gab, wurde in der Themenrunde Jugend vom Sanierungsträger GGG die Idee der Errichtung zweier Ballspielplätze ins Leben gerufen und konnte durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure verwirklicht werden.

Für den Ballspielplatz in der Mühlenstraße stellte die GGG als Grundstückseigentümerin die Fläche zur Verfügung, eine Bank, die das Grundstück vorher als Standort für einen Bürocontainer genutzt hatte, unterstützte das Projekt durch eine entsprechende Herrichtung der Fläche und der Umbau erfolgte über ein ASS-Projekt des Vereins „BBAS e. V.“. Der Ballspielplatz in der Mühlenstraße wurde im Dezember 1997 der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und wird von den Kindern und Jugendlichen des Stadtteils sehr gut angenommen³⁸.

Bei dem Ballspielplatz in der Agnesstraße, der sich in direkter Nachbarschaft zu Agnes- und Josephinenschule befindet, wurde das Grundstück vom Schulverwaltungsamt zur Verfügung gestellt und die Hausmeister der beiden benachbarten Schulen übernehmen auch die Betreuung. Die Gestaltung des Platzes erfolgte nach einem Vorschlag des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes, die Montage und der Bau des Zugangsbereiches wurde auch hier von dem ASS-Projekt der „BBAS e. V.“ durchgeführt. Der Ballspielplatz in der Agnesstraße wurde im Mai 1998 eröffnet.

Bei beiden Ballspielplätzen übernahm die GGG als Sanierungsträger die Projektleitung und es erfolgte eine finanzielle Unterstützung über das URBAN-Programm.



Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgte gemeinsam mit dem Stadtteilbüro.

Ebenfalls aus den Diskussionen der Themenrunden „Jugend“ heraus erwuchs die Idee eines Projektes zur Errichtung von Pavillons für Jugendliche im öffentlichen Raum³⁹ und auf den Themenrunden „Wohnungslosigkeit“ wurde die Zielgruppe für die Nutzung dieser Pavillons auch um Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, die ihren Treffpunkt auf öffentlichen Straßen und Plätzen haben, erweitert. Diese Pavillons sollten Identifikationspunkte für die sie nutzenden Gruppen und insbesondere eine Alternative für illegale Treffpunkte wie etwa Abbruchhäuser darstellen. Dabei sollte ein Teil der Verantwortlichkeit für die Pavillons auf die jeweilige Nutzergruppe übertragen werden, wovon man sich insbesondere einen sorgsameren Umgang mit der Anlage versprach. Für eine Realisierung wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen Sanierungsträger und den Einrichtungen der Streetwork im Bereich Jugendhilfe und Wohnungslosenhilfe vereinbart. Die Realisierung dieses Projektes erwies sich jedoch als schwierig. Als Standort wurde in dieser Kooperation ein Ort außerhalb des URBAN-Gebietes als am geeig-

³⁸ Zu erwähnen ist allerdings auch, daß die Nutzung des Ballspielplatzes von Teilen der Nachbarschaft als Belästigung empfunden wird. Es gab hier insbesondere einen Beschwerdebrief an das Stadtteilbüro, in dem mehrere Mieterinnen und Mieter des Hauses Mühlenstraße 48 darstellten, daß sich mit der Betriebsnahme des Ballspielplatzes ihre Wohnqualität erheblich verschlechtert habe. Kritisiert wurden vor allem Ruhestörungen insbesondere nach 20.00 Uhr und Angst vor Belästigungen durch sich am Ballplatz treffende Jugendliche.

³⁹ Entsprechende Pavillons existieren bereits im Wohngebiet „Fritz Heckert“.

netsten recherchiert, da sich hier bereits ein Treffpunkt von Jugendlichen befindet. Allerdings war es so nicht möglich, den Pavillon über URBAN-Mittel zu finanzieren. Es fand sich zwar schließlich ein privater Sponsor für den Pavillon, dieser ist allerdings mittlerweile verstorben.

Ausblick

Weitere Aktionen zur Schaffung von Ballplätzen wird es im Stadtteil wohl nicht mehr geben, hier scheint der Bedarf gedeckt. Bezüglich des Pavillons wird derzeit noch die Erbfrage des Sponsors geklärt, danach bleibt abzuwarten, ob die Erben ebenfalls bereit sind, als Sponsoren aufzutreten.

Die Frage der Übertragbarkeit kann für Projekte wie jene der Ballspielplätze nicht wirklich gestellt werden: Sie leben von dem ganz persönlichen Engagement von Akteuren, hier insbesondere dem großen Einsatz des Sanierungsträgers bzw. dessen Mitarbeiter. Die Projekte dienen eher als Exempel für die wichtige Funktion von Stadtteilerunden und Themenrunden als „Ideenbörsen“ und Möglichkeit des Kennenlernens und der Zusammenarbeit von Akteuren aus ganz unterschiedlichen Arbeitsfeldern (etwa Streetwork und Sanierungsträgerschaft), für die es in herkömmlichen Stadterneuerungsprozessen in der Regel kein gemeinsames Gremium gibt.

4.10 Haus für Existenzgründerinnen

Werdegang

Immer wieder wurde im Stadtteilbüro über Möglichkeiten zur Förderung von Existenzgründungen durch Frauen nachgedacht. Auf der Veranstaltung anlässlich des Frauentages 1998 im Stadtteilbüro nahm diese Idee schließlich konkretere Gestalt an, nicht zuletzt deshalb, weil sich mittlerweile ein Hauseigentümer gefunden hatte, der bereit war, eine solche Idee zu unterstützen⁴⁰. So entstand die Projektidee eines Hauses am Zöllnerplatz für Existenzgründerinnen insbesondere in den Bereichen Handwerk, Dienstleistungen, Gastronomie, Kunst und Kultur, das aber auch z. B. Möglichkeiten der Kinderbetreuung beinhalten und ein Ort der Kommunikation für den Stadtteil werden soll. In der Folgezeit konnten für das Projekt mehrere Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden werden, neben URBAN u. a. die Gleichstellungsstelle der Stadt Chemnitz, die Chemnitzer Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft (CWE) und die Stiftung Innovation und Arbeit Sachsens (IAS). Der Hauseigentümer konkretisierte sein Angebot zur Unterstützung in Form sehr großzügiger Mietkonditionen und es konnten eine Reihe von Frauen, die an einer Ansiedlung interessiert waren, gefunden werden.

Die Realisierung erwies sich jedoch als wesentlich schwieriger als zunächst erwartet, vor allem, weil sich kein Träger für das Projekt finden ließ. Zwischenzeitlich lag die Federführung des Projektes bei dem „Verein zur beruflichen Förderung von Frauen in Sachsen e. V. (VbFF)“, der mittlerweile jedoch kein Interesse mehr an der Trägerschaft hat⁴¹. Auch die „Selbsthilfe 91 e. V.“ war zunächst interessiert, zeigte jedoch nach genauerer Prüfung kein Interesse mehr an der Trägerschaft.

Ausblick

Zwar sind bereits einige Existenzgründerinnen in das Haus eingezogen, aber es wird weiterhin ein Träger für das Projekt gesucht. Ob sich die Projektidee in der ursprünglichen Form realisieren lassen wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Zum derzeitigen Zeitpunkt erscheint dies jedoch sehr fraglich.

⁴⁰ Kenntnis hatte dieser von der Idee letztendlich eher aus Zufall bekommen: Eigentlich hatte er sich an die Redaktion des BISS gewandt, um eine Anzeige zu schalten.

⁴¹ Nicht zuletzt wegen bestimmter Vorbehalte des „VbFF e. V.“ gegenüber dem Hauseigentümer, die nicht vollständig ausgeräumt werden konnten.

4.11 Qualifizierungsprojekt „ARBEIT 2000“

Werdegang

Die Erfahrungen der Lokalen Beteiligung haben gezeigt: Vor der Frage, wie sich der eigene Stadtteil entwickeln wird und erst recht vor der Bereitschaft, sich in diesen Prozeß aktiv einzubringen, steht bei vielen Menschen erst einmal die Frage der Bewältigung ganz persönlicher, existentieller Probleme. Dies gilt insbesondere für jene, die schon seit längerer Zeit ohne Arbeit sind.

Aus diesem Grund wurde im September 1999 unter der Trägerschaft der „Neuen Arbeit Chemnitz“ und u. a. mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des URBAN-Programms ein Qualifizierungsprojekt mit dem Titel „Arbeit 2000“ etabliert. Ziel war die Verbesserung der Chancen für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben gerade für Langzeitarbeitslose, den Erhalt des Arbeitsplatzes für Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen und den Einstieg junger Menschen in das Erwerbsleben.

Ausblick

Für die ersten Qualifizierungsmodule zu „Kommunikation: Mensch und Maschine“, zu „Bewerbung, Ausdrucksfähigkeit, soziale Kompetenz“ und zu „Fachkenntnisse zur Erhöhung der Selbstorganisationsfähigkeit“ konnten schnell kompetente Referenten gefunden werden und die Kurse laufen mit guter Resonanz.

4.12 Noch vorgesehene und nicht realisierte Projekte

Natürlich gab es auch eine ganze Reihe von Ideen, die im Prozeß nicht realisiert werden konnten. Stellvertretend seien zwei erwähnt:

- Die auf der Ideenbörse im Januar 1998 entwickelte Idee eines Projektes zur „Mietersanierung“ gemeinsam mit der GGG wurde schließlich verworfen. Es sollte sich hierbei im wesentlichen um die Schaffung von dauerhaft und bedarfsgerecht modernisiertem Wohnraum insbesondere durch die Integration von Eigenleistungen und Selbsthilfe der Mieter und Mieterinnen handeln. Für ein solches Projekt sollte als Objekt ein Gebäude im Eigentum der GGG gewählt werden und die GGG auch als Projektleiter fungieren. Das Stadtteilbüro sollte insbesondere die Betreuung und Koordination der Mietergespräche übernehmen. Es wurde aber schließlich deutlich, daß aufgrund des mieterfreundlichen Wohnungsmarktes ein solches Angebot derzeit nicht geeignet bzw. attraktiv genug war, um es von Seiten des Vermieters zu implementieren. Es wurde jedoch als Modellprojekt ein bereits bestehendes Projekt begleitet, das sich mit der Bitte um Unterstützung an die Stadt, das Stadtteilbüro sowie die GGG gewandt hatte. Es handelt sich dabei um ein Objekt am Josephinenplatz, dessen Mieter und Mieterinnen das Haus in unsaniertem Zustand in Form von Eigentumswohnungen kaufen und unter starker Integration von Selbsthilfe modernisieren wollten.
- Nicht weiter verfolgt wurde die Idee aus der regelmäßig stattfindenden Gesprächsrunde der Professur Regionalforschung und Sozialplanung der TU Chemnitz mit Stadtverwaltungen und Sanierungsträgern zur Sozialplanung, daß für das Sanierungsgebiet Brühl-Nord das Stadtteilbüro als unabhängige Einrichtung die Aufgabe der Information und Beratung der Mieter und Mieterinnen im Rahmen der Sozialplanung bei Sanierungsmaßnahmen übernehmen sollte. Als denkbare Verfahren war hierbei diskutiert worden, daß das Stadtteilbüro von jedem Genehmigungsantrag Kenntnis erhalten und dann an die Mieter und Mieterinnen eine Rechtsinformation verteilen sollte mit dem Angebot, sich bei Fragen an das Stadtteilbüro zu wenden. Auch war angedacht worden, daß das Stadtteilbüro versuchen sollte, gemeinsam mit den Mieterfreunden Chemnitz eine kostenlose Rechtsberatung anzubieten.

4.13 Vernetzung mit der „Lokalen Beteiligung“ in anderen URBAN-Städten

Werdegang

Seit Beginn des URBAN-Programms wurden vom Deutschen Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) regelmäßig Netzwerktreffen der URBAN-Städte in Deutschland und Österreich organisiert. Auf dem Netzwerktreffen in Chemnitz 1996 wurde von den Chemnitzer URBAN-Akteuren zudem angeregt, ein eigenes Netzwerk zu Bürgerbeteiligung und Bürgerhäusern in den URBAN-Gebieten ins Leben zu rufen, um Erfahrungen auszu-



tauschen und Anregungen für die weitere Arbeit zu sammeln. Entsprechende Treffen fanden in der Folgezeit in Chemnitz, Brandenburg a. d. Havel und Duisburg statt. Teil nahmen jeweils sowohl Vertreter und Vertreterinnen der URBAN-Städte als auch Praktiker und Praktikerinnen aus anderen Städten - z. B. vom Projekt DEPOT (Stadtplanungsamt Dortmund), vom Stadtteilladen Grünau (Amt für Sanierung und Wohnungsbauförderung Leipzig), vom Bürgerhaus Nordstadt (Herford) - und Referenten und Referentinnen zu bestimmten Themen, z. B. vom ILS Dortmund, vom Büro „Stadtkinder Herne“. Das Treffen in Duisburg war zudem mit einer Exkursion zu verschiedenen Bürgerhäusern und Soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet verbunden. Außerdem fand 1998 ein von URBAN Berlin organisierter Workshop u. a. zur Bürgerbeteiligung statt.

Neben den offiziellen Treffen des DSSW zu Bürgerbeteiligung und Bürgerhäusern gab es von Seiten der Koordination der „Lokalen Beteiligung“ Brühl-Nordviertel gesonderte Vor-Ort-Besuche und -gespräche im Bürgerhaus Kröpeliner-Tor-Vorstadt (Rostock), dem Stadtteilbüro Bahnhofsvorstadt (Brandenburg a. d. H.), dem Bürgerhaus Marxloh (Duisburg) und dem Stadtteilbüro URBAN-Wien.

Zudem fand in Chemnitz im Juni 1999 ein Erfahrungsaustausch mit haupt- und ehrenamtlichen Aktiven aus der Stadtteilarbeit im URBAN-Stadtteil „Quartier des Coteaux“ der französischen Partnerstadt Mulhouse statt.

Im Oktober 1999 trafen sich schließlich zudem erstmals Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerhäuser Brandenburg, Rostock und Chemnitz sowie des Bunten Zentrums Zwickau auf Einladung der Chemnitzer „Lokalen Beteiligung“ zu einem selbstorganisierten Wochenend-Workshop insbesondere zur Frage der Zukunft von Bürgerhäusern und „Lokaler Beteiligung“ nach URBAN.

Ausblick

Auf dem Workshop im Oktober 1999 wurde vereinbart, ähnliche Treffen auch weiterhin regelmäßig durchzuführen und die Erfahrungen auszutauschen. Hierzu sollen künftig auch noch andere Vertreterinnen und Vertreter ostdeutscher Bürgerhäuser und ostdeutscher Prozesse „Lokaler Beteiligung“ eingeladen werden.

Zudem erfolgte ein Gegenbesuch von Chemnitzer Aktiven der „Lokalen Beteiligung“ im „Quartier des Coteaux“ / Mulhouse im März 2000, wobei auch hier weitere Treffen zum Erfahrungsaustausch vereinbart wurden.

4.14 Forschung im Brühl-Nordviertel

Werdegang

Informationen und Unterstützung erhielt die Stadtteilentwicklung und die „Lokale Beteiligung“ durch verschiedene Arbeiten an Hochschulen:

- An der Professur Regionalforschung und Sozialplanung der TU Chemnitz beschäftigten sich Studenten und Studentinnen 1996 und 1997 in Form von studentischen Forschungsgruppen und Übungen mit dem Brühl-Nord.
- Nachdem in einem Praktikum beim Amt für Baukoordination bereits die Grundlage der Arbeit gelegt wurde, wurde 1999 an der TU Chemnitz eine Diplomarbeit im Fach Soziologie zur Sozialplanung und Milieuanalyse für das Sanierungsgebiet Brühl-Nord erarbeitet⁴².
- An der Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz wurde die Beurteilung des Boulevards aus Sicht der Bevölkerung untersucht⁴³.
- Bereits im Sommer 1996 hat eine Studentin der Stadt- und Regionalplanung in Weimar im Rahmen eines Praktikums die drei Plätze Zöllner-, Wilhelm-Külz- und Josephinenplatz über einen bestimmten Zeitraum beobachtet und deren Nutzung dokumentiert⁴⁴.
- Die „Stadterneuerung in Chemnitz Brühl-Nord“ war im Wintersemester 1997/98 und im Sommersemester 1998 Thema eines studentischen Forschungsprojektes an der Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung⁴⁵.
- Die „Lokale Beteiligung“ im Brühl-Nordviertel war im Rahmen einer vergleichenden Betrachtung der Bürgerbeteiligungsprozesse in den deutschen URBAN-Stadtteilen Gegenstand einer Diplomarbeit an den Geographischen Instituten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn⁴⁶.
- Im Rahmen der Vernetzung von der TU Chemnitz und der Stadtverwaltung fanden regelmäßig Gesprächsrunden zwischen der Professur Regionalforschung und Sozialplanung und den für Sanierung zuständigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung sowie der Sanierungsträger statt, um gemeinsam Konzepte zur Erarbeitung von Sozialplanungen zu finden.
- Die bereits seit längerer Zeit geplante Erstellung einer filmischen Dokumentation des bisherigen URBAN-Prozesses und des Prozesses der Stadtteilarbeit konnte im Jahr 1998 im Rahmen eines Praktikums zweier Studentinnen der TU Chemnitz verwirklicht werden.

Der Versuch, den Honorarvertrag zur Koordination der „Lokalen Beteiligung“ in einen Drittmittelvertrag zwischen der Stadt Chemnitz und der Professur Regionalforschung und Sozialplanung umzuwandeln, ist allerdings trotz des Willens aller Beteiligten an bürokratischen Hürden von beiden Seiten gescheitert.

Ausblick

Derzeit wird vom Autor die Interaktion im Feld der „Lokalen Beteiligung“ im Rahmen einer Promotion an der Professur Regionalforschung und Sozialplanung sozialwissenschaftlich ausgewertet werden.

Der weitere Prozeß der Lokalen Beteiligung im Bürgerhaus Brühl-Nord wird seit Anfang 2000 durch die „Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft (SAG) e. V.“ in Chemnitz unter Leitung von Frau Prof. Dr. Weiske (TU Chemnitz - Regionalforschung und Sozialplanung) wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Es ist dabei u. a. ein Abgleich mit der wissenschaftlichen Begleitung des Stadtteilprojektes

⁴² Diese Arbeit ist ebenfalls in der Schriftenreihe Stadt – Land – Fluss erschienen (vgl. Lutz, 2000).

⁴³ Vgl. Jurczek u. a., 1995.

⁴⁴ Vgl. Zschocke, 1996.

⁴⁵ Vgl. Projekt F 14, 1998.

⁴⁶ Vgl. Brochhaus, 1997.

Hutholz im Wohngebiet Fritz-Heckert durch Prof. Dr. Oelschlägel von der Gesamthochschule Duisburg vorgesehen, insbesondere um Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Stadtteilprojekten in gründerzeitlichen Sanierungsgebieten und Neubaugebieten zu diskutieren.

4.15 Akteure der Lokalen Beteiligung

Die Aktivitäten der „Lokalen Beteiligung“ im Rahmen des URBAN-Programms waren das Werk vieler Akteure. Für ihre Kooperation und Unterstützung, ihre Ideen und ihre Kritik sei hier u. a. gedankt:

1. Allen aktiven Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden sowie den beteiligten Vereinen und Initiativen, insbesondere

- der „Bürgerinitiative nördliches Brühl“,
- dem Projekt „Neue Arbeit Chemnitz“ des „Gewerkschaftlichen Vereins für Kultur, Bildung und Entwicklung in Chemnitz e. V.“,
- der „Mobilen Jugendarbeit Innenstadt“ als Gemeinschaftsprojekt des „AJZ e. V.“ und des „Domizil e. V.“,
- dem Kinder- und Jugendhaus „Schlupfwinkel“ des Vereins „Selbsthilfe Wohnprojekt Further Straße (SWF) e. V.“,
- dem Tagestreff „Das DACH“ der AWO,
- dem Tagestreff „Haltestelle“ der Stadtmission,
- dem „Verein zur Integration psychosozial behinderter Menschen (VIP) e. V.“,
- dem „ESV LOK“,
- dem Haus ALMA und dem Theater Arbeitsloser Chemnitz (TACH),
- dem Haus SPEKTRUM der Stadt Chemnitz,
- dem „BBAS e. V.“,
- dem „INTEGRA e. V.“,
- dem Chemnitzer Schulmodell,
- dem Kindertheater „He` Lene“ des Kulturbüros Südblick,
- der „Selbsthilfe 91 e. V.“,
- der „Fördergemeinschaft Brühl-Boulevard e. V.“,
- der Ortsgruppe der Volkssolidarität,
- der Kirchengemeinde St. Petri-Lukas,
- der Landesstelle für Gemeindepsychiatrie,
- dem „Verein zur beruflichen Förderung von Frauen in Sachsen (VbFF) e. V.“,
- der Verkehrswacht der Stadt Chemnitz e. V.
- den „Mieterfreunden Chemnitz e. V.“,
- dem Geschichtsverein Chemnitz,
- der AG „Sozialer Dialog“ der Lokalen Agenda 21,
- der „Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft (SAG) e. V.“.

2. Den beteiligten Ämtern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere

- dem Amt für Stadterneuerung (später aufgegangen im Amt für Baukoordination),
- dem Sozialamt,
- dem Amt für Jugend und Familie,
- dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt,
- dem Kulturstadtamt,
- dem Umweltzentrum

sowie

- den Schulen im Stadtteil,
- der CWE,
- dem Seniorenbeirat,
- dem Sanierungsträger GGG und
- der BBJ SERVIS gGmbH.

3. Allen Sponsoren, die sich mit kleinen und großen Geld- und Sachspenden an der Umsetzung von Projekten und Ideen beteiligt haben, den Studierenden und Lehrenden der Professuren „Regionalforschung und Sozialplanung“ und „Wirtschafts- und Sozialgeographie“ der TU Chemnitz sowie der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund und den Kolleginnen und Kollegen der „Lokalen Beteiligung“ in anderen URBAN-Städten, insbesondere in Rostock, Brandenburg, Duisburg und Mulhouse sowie dem DSSW für die Organisation des Erfahrungsaustauschs zwischen den deutschen URBAN-Städten.

5 Resümee: „Lokale Beteiligung“ als Lernprozeß

5.1 Lernen durch Konflikte

Die „Lokale Beteiligung“ im Brühl-Nordviertel war in vielerlei Hinsicht für Chemnitz „ungewöhnlich“, d. h. sie entsprach nicht den Gewohnheiten der Beteiligten. Schon das URBAN-Programm an sich beschritt ja durch seinen integrierten Ansatz neue Wege der Stadterneuerung, die ihre Probleme aufwiesen⁴⁷. Hinzu kam, daß die Forderung nach „Lokaler Beteiligung“ in der Stadtteilentwicklung zwar in den planungstheoretischen Diskussionen mittlerweile allgemein gebräuchlich ist, in der Praxis bisher aber nur wenig realisiert wird. Längerfristige Erfahrungen mit Lokaler Beteiligung gibt es vor allem in Westdeutschland, diese können jedoch nicht 1:1 auf Ostdeutschland übertragen werden. Und eine Besonderheit des Prozesses war schließlich auch, daß die Lokale Beteiligung von den EU-Richtlinien „verordnet“ wurde, sie wurde also weder durch eine klare Willensentscheidung der Verwaltung motiviert, noch von einer kritischen Öffentlichkeit eingefordert.

Die „Lokale Beteiligung“ im Rahmen des Chemnitzer URBAN-Programms stellte daher vor allem einen Lernprozeß dar und verlangte von allen Beteiligten einen Wechsel der gewohnten Perspektiven und Vorgehensweisen. Dieser Lernprozeß verlief natürlich nicht ohne Konflikte und Probleme. Dabei war das Plus des Prozesses, daß sehr vielfältige Meinungen, Ziele und Sichtweisen von Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen zusammenkamen, gleichzeitig seine Tücke. So gab es insbesondere:

- Konflikte durch unterschiedliche Bewertungen des Prozesses,
- Konflikte durch unterschiedliche Ziele im Prozeß sowie
- Konflikte durch unterschiedliche Alltagspraxen der Beteiligten.

5.2 Konflikte durch unterschiedliche Bewertungen des Prozesses

Schon Sinn oder Unsinn der Idee einer „Lokalen Beteiligung“ wurden sehr unterschiedlich bewertet. So war die „Lokale Beteiligung“ zwar offizieller Teil des URBAN-Programms, die Verwaltung Auftraggeber für die Koordination und einige Verwaltungsmitarbeiter von Anfang an aktiv am Prozeß beteiligt, es gab dort neben einigen sehr offenen Stimmen für die „Lokale Beteiligung“ aber auch einige sehr skeptische Sichtweisen. Teile der Verwaltung waren der Ansicht, bürgerschaftliche Projekte und Partizipation seien irrelevant bzw. eher Ausprägung von „Gutmenschentum“, bei dem Scheingremien geschaffen werden. Auch wurde die Notwendigkeit einer externen Moderation in Prozessen der „Lokalen Beteiligung“ in Teilen der Verwaltung in Frage gestellt. So gab es die Ansicht, die Verwaltung könne auch selbst Bürgerbeteiligungsprozesse moderieren oder jene, sie könne dies lediglich deswegen nicht, weil sie dafür keine zeitlichen Kapazitäten hat. Eine andere Ansicht innerhalb der Verwaltung war jene, die Koordination und die Aktiven der „Lokalen Beteiligung“ seien Teil der eigenen Hierarchie bzw. müßten dies sein. In der Folge rügte man diese oder versuchte sie zu reglementieren, als seien sie Teil der Stadtverwaltung. Aufgrund dieser skeptischen Stimmen hatte der Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ im Rahmen von URBAN – wie andere Bürgerbeteiligungsprojekte, die derzeit in der Stadt laufen – nicht zuletzt den Charakter von einem Exempel: Es war klar, daß das Gelingen oder Nichtgelingen des Prozesses insgesamt und der einzelnen Projekte auch als Argumentationshilfe oder gar Be-

⁴⁷ Das fängt schon damit an, daß die Auswahl eines "besonders benachteiligten" Gebietes in Kombination mit einer integrierten baulichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklungsstrategie schwierig ist: So ist und war nach Aussage des Jugendamtes das Brühl-Nordviertel sozial kein besonders benachteiligtes Gebiet von Chemnitz.

weisführung für oder gegen weitere Projekte der Bürgerbeteiligung in Chemnitz genutzt werden würden.

Aber auch innerhalb der Bevölkerung wurde die Idee einer „Lokalen Beteiligung“ sehr unterschiedlich bewertet. Während ein Teil der Menschen im Brühl-Nordviertel die „Lokale Beteiligung“ als Chance sah, sich einzubringen, war sie für einen anderen Teil eher ein Zeichen für fehlende Kompetenz oder fehlendes Engagement der „eigentlich“ zuständigen und es gab die Befürchtung, daß bürgerschaftliche Projekte lediglich als billiger Ersatz für wohlfahrtsstaatliches oder hoheitliches Handeln mißbraucht werden sollen, daß sich „die Stadt“ damit aus der Verantwortung stehlen wolle. So enttäuschten Bürgerversammlungen, in denen keine Maßnahmen vorgestellt wurden, sondern lediglich Ideen gesammelt werden sollten, stets einen Teil des Publikums. Vor dem Hintergrund der Vorstellungen einer „allzuständigen“ Rolle von Politik und Verwaltung in Stadtentwicklungsprozessen⁴⁸ war die Erwartungshaltung, etwas zu erfahren und nicht, etwas einzubringen. Für die Lösung von Konflikten wurde zuweilen eher eine „starke Persönlichkeit“ als Konfliktlöser gewünscht und nicht eine gemeinsame, diskursive Kompromißfindung. Selbst in Bürgerversammlungen, in denen Menschen mit gegenläufigen Interessen als Konfliktgruppen aufeinander trafen, wurde teilweise weniger miteinander als vielmehr übereinander und zu bestimmten Autoritäten, welche die Lösung bringen sollten, hin geredet. Umgedreht erwarteten einige Bürger und Bürgerinnen - oft nicht zuletzt durch Enttäuschungen nach dem Systemwechsel - vom Staat und „der Stadt“ überhaupt nichts mehr bzw. standen in prinzipieller Gegnerschaft zu Politik und Verwaltung. Sie befürchteten in bezug auf die „Lokale Beteiligung“, daß diese lediglich als „Alibi“ dient, um von dem Fehlen tatsächlich wichtiger, grundlegender Verbesserungen abzulenken.

Und schließlich gab es innerhalb der lokalen Szene aus bereits bestehender, professionellen oder ehrenamtlicher Vereine, Initiativen und Projekte zwar eine positive Grundstimmung gegenüber der „Lokalen Beteiligung“, aber zum Teil auch die Angst, durch die „Lokale Beteiligung“ solle die eigene Arbeit vereinnahmt werden. Nach einem starken Wachstum dieser Szene im Zuge der „Wende“, in der viele Ideen für Projekte verwirklicht werden konnten und in der viele vorher passive Menschen aktiv wurden, hat sie sich in Chemnitz mittlerweile auf einen überschaubaren Kreis eingependelt, der sich zunehmend professionalisiert und eigene Regeln ausbildet. Mit dieser Professionalisierung geht eine zunehmende Konkurrenz um Gelder und auch um Ideen einher. Es kursiert mehr und mehr die Angst davor, von anderen Trägern Projektideen „geklaut“ zu bekommen und dann in der Konkurrenz um Projektmittel den Kürzeren zu ziehen.

All diese unterschiedlichen Bewertungen der Idee einer „Lokalen Beteiligung“ führten natürlich zu Konflikten, wobei sich diese vor allem im Vorfeld und Umfeld des Prozesses auswirkten. Denn entweder wurden im Laufe der Zeit die grundsätzlichen Bedenken gegen die „Lokale Beteiligung“ bis zu einem gewissen Grad revidiert, oder die Trägerinnen und Träger dieser Bedenken verweigerten sich schließlich dem Prozeß und es kam so kaum noch zu einem Aufeinandertreffen von Befürwortern und Gegnern.

⁴⁸ Siehe unten.

5.3 Konflikte durch unterschiedliche Ziele im Prozeß

Diejenigen, die sich aktiv einbrachten, hatten wiederum sehr unterschiedliche Motive für ihre Beteiligung. Einige hatten eher ideelle Gründe für ihre Beteiligung, andere beteiligten sich aus eigener Betroffenheit von ganz bestimmten Maßnahmen, wieder andere waren aus beruflichen Gründen im Prozeß aktiv, etwa als Mitarbeiter bei einem im Stadtteil aktiven Verein oder der Verwaltung. Damit korrespondierend verfolgten die am Prozeß Beteiligten auch sehr verschiedenen Ziele im Prozeß. Sie reichten von eher abstrakten Zielen wie Soziale Gerechtigkeit, Minderheitenschutz oder Demokratisierung bis zu sehr praktischen Zielen wie z. B. Entlohnung oder berufliches Fortkommen einerseits, aber auch Dinge wie Geselligkeit oder die Verhinderung bestimmter Baumaßnahmen andererseits. Je nach Motiv und Ziel hatten die Beteiligten dann auch bestimmte Erwartungen an die Struktur des Prozesses: Einige waren aufgrund ihrer (beruflichen, ideellen, aus Betroffenheit resultierenden) Verbundenheit mit bestimmten Teilfeldern des Stadtteils und bestimmten Zielgruppen auch nur an bestimmten Arbeitsbereichen der „Lokalen Beteiligung“ interessiert und wollten z. B. aus Diskussionsrunden einen konkreten Output für sich oder ihre Arbeit ziehen, andere wollten primär einen regelmäßigen Austausch mit Akteuren aus ganz anderen Arbeitsfeldern, für den es im normalen Alltag keinen Rahmen gab.

Ausgehend von den jeweiligen Motiven und Zielen wurden schließlich auch sehr unterschiedliche Strategien im Prozeß verfolgt. Ein Paradebeispiel hierfür ist die Frage, wie Veränderungen im Stadtteilentwicklungsprozeß durchgesetzt werden können: Die einen wollten die konkreten Mißstände im Gebiet direkt an die Verwaltung und die Fraktionen herantragen und setzten darauf, daß diese guten Argumenten gegenüber aufgeschlossen sind. Die anderen glaubten, daß eine Einflußnahme vor allem über die Schaffung von Öffentlichkeit erfolgt, mit der man gegebenenfalls auch Druck auf Entscheidungsträger ausüben kann. In diesem Zusammenhang gab es auch unterschiedliche Ansätze, wie die Bürger und Bürgerinnen für die „Lokale Beteiligung“ motiviert werden sollten. Während die einen vor allem „Mut machen“, also den Menschen vor Ort zeigen wollten, daß sich die Situation bei entsprechendem Engagement verbessern wird, wollten die anderen im Gegenteil aufzeigen, welche Gefahren dem Stadtteil drohen, wenn nichts passiert, also „Wut machen“ in der Hoffnung auf bürgerschaftliches Engagement.

Die unterschiedlichen Ziele und Motive führten zu starken Konflikten. Zunächst natürlich dort, wo sich Ziele direkt widersprachen. Dann etwa, wenn sich einige Menschen einbrachten, um eine Ampel wegen des damit einhergehenden Staus vor dem eigenen Fenster zu verhindern und sich andere gleichzeitig einbrachten, um die gleiche Ampel zu fordern, damit der Schulweg der eigenen Kinder sicherer wird; oder wenn einerseits eine gute ÖPNV-Verbindung zur Sachsen-Allee gefordert wurde, andererseits ein Schutz des Kleinhandels im Viertel. Ebenso gab es Konflikte, wenn sich bestimmte sehr konkrete Ziele mit bestimmten ideellen Zielen brachen: Etwa wenn einerseits mit dem Ziel Minderheitenschutz ein neues Wohnprojekt für Wohnungslose im Stadtteil etabliert werden sollte und gleichzeitig die potentiellen Nachbarinnen und Nachbarn dieses Projektes Angst vor einer Abwertung ihrer Nachbarschaft durch das Projekt hatten.

Konflikte gab es aber auch häufig, weil den Motiven der anderen Beteiligten mißtraut wurde. So wurde den beruflich Beteiligten teilweise vorgeworfen, sie seien ja nur wegen ihres Jobs oder des Geldes dabei, umgedreht den aus einer ganz konkreten Betroffenheit heraus Beteiligten, sie verfolgten nur egoistische Ziele, seien aber nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet. Von Seiten der Verwaltung gab es teilweise die Angst, daß der Prozeß von bestimmten Personen oder politischen Gruppen instrumentalisiert werden könnte und man befürchtete, mit der „Lokalen

Beteiligung“ gewissermaßen die eigene „Gegnerschaft“ zu finanzieren. Aber auch innerhalb der Beteiligten gab es solche Instrumentalisierungsängste: So gab es z. B. vor allem zu Beginn ein starkes gegenseitiges Mißtrauen zwischen Beteiligten aus dem Umfeld der ehemaligen Bürgerbewegung und solchen aus dem Umfeld der PDS.

5.4 Konflikte durch unterschiedliche Alltagspraxen der Beteiligten

Selbst dann, wenn man sich nicht gegenseitig mißtraute und sich über gemeinsame Ziele einigen konnte, gab es Konflikte, weil alle Beteiligten am Prozeß zunächst aus ihrer gewohnten Alltagspraxis argumentierten. So argumentierten z. B. Mieterinnen und Mieter aus ihren Alltagserfahrung im Stadtteil heraus, Verwaltungsmietarbeiterinnen und -mitarbeiter aus ihrer Verwaltungserfahrung mit Stadterneuerungsprozessen und ihrer Kenntnis der mit rechtlichen und funktionalen Möglich- und Unmöglichkeiten, Beteiligte aus lokalen Vereinen der Sozialarbeit aus ihrer Arbeitserfahrung und den Kenntnissen der spezifischen Probleme ihrer spezifischen Klientel im Stadtteil. In der Folge wurde dann der jeweils anderen Gruppe vorgeworfen, „keine Ahnung“ zu haben, also für die Diskussion nicht kompetent zu sein. Dabei definierten die Beteiligten die Kompetenz entsprechend der Kompetenzfelder ihres Lebens- oder Arbeitsalltags. Den beruflich Beteiligten wurde von den aus eigener Betroffenheit vor Ort Beteiligten vorgeworfen, sie hätten „keine Ahnung“ von der Situation im Stadtteil und umgekehrt wurde den aus eigener Betroffenheit teilnehmenden von den Projekterfahrenen (eher implizit, z. B. durch Mißachtung ihrer Argumente) zu verstehen gegeben, daß sie „keine Ahnung“ davon haben, wie man z. B. ein Projekt erfolgreich angehen muß oder sich in der Öffentlichkeit durchsetzen kann. Gegenüber den Ämtern kam oft der bürgerschaftliche Vorwurf auf, daß „die von der Stadt“ doch ohnehin „keine Ahnung“ haben, was im Stadtteil wirklich los ist; daß sie an ihrem grünen Tisch in gesicherter Stellung sitzen und von dort aus Probleme lösen wollen, die sie nur vom Hörensagen kennen. Umgedreht schwang im direkten Kontakt mit „dem Bürger“ bei der Verwaltung manchmal der Vorwurf der „Blauäugigkeit“ in bezug auf das Funktionieren des Amtsapparates mit und die Kritik, daß „der Bürger“ die einfachsten Grundregeln des Verwaltungshandelns nicht begreift. Zudem entlehnten die Beteiligten z. T. nicht nur die Argumente, sondern auch die Kommunikationsformen aus ihrem gewohnten Alltag. Dies führte dann erst recht zu konflikthafter Mißverständnissen.

Gleichzeitig wurde deutlich, daß oft völlig irrealen Vorstellungen darüber vorhanden waren, welche Kompetenzen, Möglichkeiten und Aufgaben andere Akteure der Stadterneuerung haben und welche eben nicht. Dies betrifft insbesondere die Sicht „der Stadt“ in der Bevölkerung. Hier gab es teilweise die Erwartungshaltung, daß „die Stadt“ alle Probleme lösen muß und kann. Daß die Stadt nur ein Akteur der Stadterneuerung ist und insbesondere bei der Umsetzung von Maßnahmen in der Regel auf private Akteure angewiesen ist, blieb häufig unberücksichtigt⁴⁹. Zudem wurde „die Stadt“ oft als einheitliches Gebilde gesehen. Unterschiedliche Aussagen von unterschiedlichen Ämtern, wie sie nun mal aufgrund der Ressortaufteilung unumgänglich sind, stießen zuweilen auf Unverständnis oder gar Empörung. Und auch ein öffentlich vorgetragener Dissens zwischen der Verwaltung und anderen

⁴⁹ Zur Illustration ein Beispiel, das den gesamten Prozeß der „Lokalen Beteiligung“ begleitet hat: Mit schöner Regelmäßigkeit wurde die Frage gestellt, wann denn endlich „die Stadt“ eine Kaufhalle im nördlichen Bereich des Viertels schaffen werde. Die Verwaltung hatte ihre planerischen Vorleistungen jedoch längst erfüllt, es fand sich bloß kein Investor, der eine solche Kaufhalle bauen und betreiben wollte. Daß die Stadt dies nicht selbst erledigt bzw. erledigen kann, stieß auch 10 Jahre nach der Wende noch regelmäßig auf Verwunderung oder sogar Unglauben bei einigen Bürgerinnen und Bürgern.

Entscheidungsträgern, etwa Investoren, wurde von einigen nicht als Zeichen von Transparenz gesehen, sondern als Versagen. Umgedreht schien in der Verwaltung oft nicht reflektiert worden zu sein, daß Verwaltung ja kein Selbstzweck ist und daß Maßnahmen nicht nur baulich umgesetzt, sondern auch genutzt werden müssen, damit sie erfolgreich sind. Was für die private Bautätigkeit selbstverständlich ist – nämlich daß z. B. ein Haus auch Mieterinnen und Mieter braucht – schien für öffentliche Projekte bei einigen wenig Bedeutung zu haben: Nämlich, daß z. B. auch öffentliche Räume auf Nachfrage von der Bevölkerung angewiesen sind und daß sich diese nicht einstellen wird, wenn das Geschaffene nicht deren Erwartungen entspricht.

All diese Konflikte waren zu Beginn des Prozesses stärker und wurden immer weniger und schwächer. Es wurde hier offensichtlich also von allen Beteiligten gelernt und man hat sich nach und nach gemeinsame Grundziele angeeignet, gegenseitig eine Art kritisches Vertrauen ausgebildet und für alle Beteiligten nachvollziehbare Formen der Argumentation und Kommunikation entwickelt. Allerdings beinhaltete dieser Lernprozeß auch eine Art Ausschlußverfahren: Wer sich gar nicht an die sich herausbildenden Ziele und Formen gewöhnen oder mit ihnen anfreunden konnte, stieg meist aus dem Prozeß aus.

5.5 Folgen und Folgerungen für die Koordination von „Lokaler Beteiligung“

Speziell die Rolle des Koordinators der „Lokalen Beteiligung“ war (zunächst) eine neue und mußte sowohl der Stadtverwaltung als auch den anderen Beteiligten gegenüber definiert werden. Dabei spielten fast alle der erwähnten Konflikte eine Rolle: Auch der Koordinator argumentierte aus einer eigenen Alltagssicht und bekam von den Stadtteilbewohnern und -bewohnerinnen teilweise vorgeworfen, daß er eigentlich „keine Ahnung“ vom Leben vor Ort habe und sich nach Abschluß der Arbeit ein anderes Einsatzfeld suche, während die Betroffenen mit den Folgen leben müssen. Und auch von Seiten der Stadt wurde ihm zuweilen Inkompetenz vorgeworfen, nämlich daß auch er „keine Ahnung“ davon habe, wie Verwaltungshandeln wirklich läuft. Zudem erwartete oft sowohl die Bevölkerung als auch die Verwaltung von ihm, daß er ihren Interessen gegenüber der jeweiligen anderen Seite bessere Durchsetzungschancen verschaffe. Umgedreht stand er aber auch bei beiden im Verdacht, sich von der jeweils anderen Seite instrumentalisieren zu lassen. Und auch für ihn war der Prozeß nicht zuletzt ein Lernprozeß.

Aus den Erfahrungen sollen dabei einige allgemeinen Hinweise für weitere, ähnliche Projekte formuliert werden:

1. Die mit der Koordination eines Prozesses der „Lokalen Beteiligung“ betrauten sollten versuchen, den Vorwurf von mehreren Seiten, „keine Ahnung“ zu haben, positiv umzudefinieren. Tatsächlich sind z. B. die Ortsbevölkerung und die Fachleute aus der Verwaltung und von Vereinen und Initiativen jeweils für ihre Bereiche Experten bzw. Expertinnen. An dieses jeweilige Expertentum kann die Koordination nicht heranreichen, sie muß es aber auch gar nicht. Vielmehr darf sie sich eine externe Sicht erlauben. Und sie sollte dabei versuchen, nicht nur selbst die anderen Perspektiven nachzuvollziehen, sondern auch allen Seiten deutlich zu machen, daß die unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen alle gleich wichtig und richtig sind, aber auch alle ihre Lücken aufweisen. Und daß man sich im Hinblick auf die Entwicklung eines Stadtteils all diese Sichtweisen braucht, das Alltagswissen derer, die den Stadtteil nutzen und kennen ebenso wie das Fachexpertenwissen aus den unterschiedlichsten Bereichen und umgedreht. Kurzum: Die Koordination sollte daran arbeiten, daß die unterschiedlichen Sichtweisen als Vorteil gesehen werden, mit denen man sich gegenseitig ergänzen kann. Hierzu ge-

hört auch die Aufgabe der Koordination, zwischen verschiedenen Sprachen, z. B. Alltagssprache und den unterschiedlichen Fachsprachen, zu „dolmetschen“ und Kommunikationsformen zu schaffen, an denen sich alle beteiligen können.

2. Hierfür sollte auch daran gearbeitet werden, daß alle Beteiligten eine realistische Vorstellung davon bekommen, welche Kompetenzen und Möglichkeiten in diesem Prozeß andere Akteure und sie selbst haben, welche nicht. Dies betrifft auch die Kompetenz der Koordination selbst. Insbesondere besteht die Gefahr, daß durch eine falsche Definition - sei es jene als Erfüllungsgehilfe der Stadt, jene als Fördertopfverwalter oder jene als maßgeblicher Entscheidungsträger für die Stadtteilentwicklung - völlig falsche Erwartungen geweckt werden.

3. Um die oben genannten Aufgaben erfüllen zu können, ist es für die Koordination wichtig, allen Beteiligten gegenüber gleich loyal oder - je nachdem, wie man es sieht - frei zu sein. Das heißt auch, daß die Koordination von keiner Seite vollständig eingeordnet werden sollte und selbst keine Seite bedingungslos ablehnt oder unterstützt. Diese Eigenschaft können bzw. müssen die mit der Koordination beauftragten Personen im Verlaufe eines Prozesses mehr und mehr verlieren. Sind sie bereits zu Beginn zu stark eingeordnet bzw. ordnen sich zu stark zu, ist der Koordinationsversuch ein totgeborenes Kind.

4. Dies gilt insbesondere auch für die Aufgabe der Koordination zur Vernetzung und Moderation der bereits bestehenden Projekte und Initiativen in einem Stadtteil. Aufgrund der Rivalität von Projektträgern ist es wichtig, sich als Koordination soweit wie möglich außerhalb der herrschenden Konkurrenzen innerhalb der Trägerlandschaft zu bewegen. Am besten gelingt dies, wenn man sich nur als Projektvermittler fühlt und selbst gar kein eigenes Arbeitsfeld außer dem der Vernetzung und Koordination hat. Angeschobene Projekte sollten dann möglichst schnell in andere Trägerschaft übergehen. Die Koordination sollte vor allem Initiativen unterstützen, ohne sie von sich abhängig zu machen oder ihnen die Arbeit abzunehmen. Sie ist gescheitert, wenn sie dauerhaft geleistet werden muß bzw. sich nach Abbruch der Hilfe auch die Gruppe auflöst.

5. Dadurch, daß es in Prozessen „Lokaler Beteiligung“ keinen „Chef“ gibt, gibt es auch keine klar geregelten Aufgabenverteilungen und Hierarchien. D. h. es kann einem keiner sagen, was man zu tun hat, man kann sich aber auch an nichts und niemandem wirklich orientieren. Das schafft Freiräume, aber auch Unsicherheiten. Um diese Unsicherheiten abzubauen und sich nicht in endlosen Diskussionen zu verlieren, ist es wichtig, die Arbeiten aufzuteilen, klare Zuständigkeiten zu schaffen und diese auch zu fixieren (etwa über Protokolle, Checklisten etc.). Es soll hier noch einmal wiederholt werden, was bereits in Zusammenhang mit der Veranstaltung des Zöllnerplatzfestes ausgeführt wurde: Die Aufteilung der Aufgaben kann dabei nicht durch Befehle und Anweisungen, sondern nur durch bitten, argumentieren, überzeugen und den Einsatz persönlicher Autorität und Sympathie etc. geschehen.

6 Nachwort: Die Stadtteilarbeit nach URBAN

Die „Lokale Beteiligung“ von URBAN ist zu Ende, die Stadtteilarbeit aber nicht. Wie oben dargestellt, laufen die meisten im Rahmen der „Lokalen Beteiligung“ entstandenen Projekte auch nach 1999 weiterlaufen. Mit einer Reihe von Problemen, die es zuvor nicht gab: Deutlich wurde etwa, daß die Finanzierung von Projekten der „Lokalen Beteiligung“ im Anschluß an gesonderte Programme wie URBAN aus Mitteln des normalen Haushalts problematisch ist. Zum einen trifft hier der interdisziplinäre Ansatz von URBAN auf eine streng sektoral gegliederte Verwaltungs- und Haushaltsstruktur. Zum anderen dienen Sondertöpfe wie URBAN der politischen Legislative als Legitimation, um in einem Stadtteil besonders stark zu investieren und insbesondere Projekte der „Lokalen Beteiligung“ zu finanzieren, ohne daß die anderen fragen: „Warum kriegen wir nichts?“. Läuft das Programm aus, so ist auch diese Legitimation dahin und die Frage: „Warum ausgerechnet in diesem Stadtteil?“ muß neu gestellt werden. Durch die Integration der Projekte in den lokalen Haushalt wird zudem auch die Ausübung einer Vernetzungsfunktion für solche Projekte schwieriger. Die Koordination der „Lokalen Beteiligung“ im Rahmen von Sonderprogrammen hat den Vorteil, daß sie besonders gut ihrer Vernetzungs- und Moderationsfunktion nachkommen kann: Sie steht außerhalb der Konkurrenz um städtische Mittel – siehe oben - und nimmt somit keinem anderen Projekt das Geld weg. Wird Stadtteilarbeit nach Ablauf des Programms in den normalen Haushalt überführt, findet sie sich plötzlich mitten in der Konkurrenz um öffentliche Mittel wieder.

Es stellt sich somit auch die Frage, ob die Lernprozesse aus der „Lokalen Beteiligung“ auch in der Zeit nach URBAN noch weiterwirken werden. Werden diejenigen in der Verwaltung und in anderen Stellen, die mit URBAN beschäftigt waren und dabei gelernt haben, integriert, interdisziplinär, weniger bürokratisch etc. zu denken, diesen Ansatz weiterführen können? Oder wird ihnen von vorgesetzter Stelle zu verstehen gegeben werden, daß jetzt die Zeit der kleinen Experimente vorbei ist und man zurück ins Glied zu gehen hat? Wird das Stadtteilbüro von den Vereinen im Gebiet auch weiterhin als koordinierende Stelle akzeptiert werden, auch wenn man jetzt mit ihm um Mittel konkurrieren muß? Oder wird man jetzt mit seinen Ideen lieber nicht mehr dort hausieren gehen? Und werden die Bürger und Bürgerinnen auch weiterhin motiviert sein, sich in das Geschehen des Stadtteils zu engagieren, auch wenn man jetzt – ohne das URBAN-Geld - nicht mehr so deutliche und schnelle Zeichen setzen kann, daß sich etwas bewegen kann, wenn man das will? Oder werden sie sich jetzt wieder vermehrt ins Private zurückziehen und sagen: „Stadt – mach mal!“?

Es bleibt zu hoffen, daß URBAN insgesamt und die „Lokale Beteiligung“ im Speziellen kein abgeschlossenes Gastspiel war, nach dessen Ablauf man nun zur alten Normalität zurückkehrt, sondern daß die alte Normalität dauerhaft ein wenig verändert werden konnte.

Literatur und Material:

Brochhaus, Anja (1997): Die Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen von Stadtteilerneuerungen in der Bundesrepublik Deutschland, dargestellt am Beispiel des EU-Programms URBAN. (unveröffentlichte Diplomarbeit an den Geographischen Instituten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn). Bonn.

Brühl-BISS, Heft 9 / Dezember 1999. Chemnitz.

Chemnitzer Geschichtsverein e. V. in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Brühlgeschichte (Hrsg.) (2000): Der Chemnitzer Brühl. Ein Stadtgebiet im Wandel der Zeit. Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins (Sonderheft). Chemnitz.

CDC Chemnitz Dorsch Consult Ingenieurgesellschaft mbH (1997): Städtebaulicher Rahmenplan Chemnitz-Brühl-Nord. Zwischenbericht Bestandsanalyse Juni 1997. (unveröffentlichter Bericht). Chemnitz

Europäische Kommission (1994): URBAN. Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete. Vorschlag für eine Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten. Veröffentlicht in Dokument KOM (94) 61 endg. vom 02.03.1994.

Europäische Kommission (1997): Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union. Mitteilung der Kommission vom 06.05.1997, Download am 07.01.99 unter <http://www.inforegio.cec.eu.int/urban/forum/src/frame3.htm>.

Friedrich, Maik; Kupfer, Conny; Möbs, Sabine; Schmitt, Jürgen (1999): WÜRFEL - SPIEL - RAUM. Ein Projekt zur Beteiligung Jugendlicher an der Wohnumfeldgestaltung im Chemnitzer Neubaugebiet "Fritz Heckert". In: Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1999. Berlin. S. 343 - 354.

Jurczek, Peter unter Mitwirkung von Uwe Bergäuser und einer studentischen Projektgruppe (1995): Die Chemnitzer Geschäftsstraße „Brühl“. Eine Beurteilung aus Sicht der Bevölkerung. Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, Heft 12. Chemnitz.

Lutz, Angela (2000): Das sozial-räumliche Milieu zwischen planerischer Praxis und soziologischer Perspektive. Fallbeispiel: Durchführung einer Milieuanalyse im Stadtgebiet Brühl-Nord. Schriftenreihe Stadt – Land – Fluss. Beiträge zum sozialen Raum, Arbeitspapier 001. Chemnitz.

Projekt F 14 (1998): Stadterneuerung in Chemnitz Brühl-Nord. (unveröffentlichter Endbericht eines studentischen Forschungsprojektes an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund). Dortmund.

REGIOPLAN INGENIEURE (1999): Stadtteilmarketing Brühl-Nord. (unveröffentlichter Konzeptband). Dresden / Mannheim / Breslau.

Schmitt, Jürgen (1996 a): URBAN-Projekt ‚Brühl-Nordviertel‘. Bürgerbeteiligung und Selbsthilfe. Modellwerkstatt Zöllnerplatz. Dokumentation der Modellwerkstatt Zöllnerplatz am 19.10.96. (unveröffentlichte Dokumentation). Chemnitz.

Schmitt, Jürgen (1996 b): URBAN-Projekt ‚Brühl-Nordviertel‘. Bürgerbeteiligung und Selbsthilfe. Modellwerkstatt Stadtteilpark. Dokumentation der Modellwerkstatt Stadtteilpark am 26.10.96. (unveröffentlichte Dokumentation). Chemnitz.

Schmitt, Jürgen (1997 a): Das ‚vorsichtige Miteinander‘. Plädoyer für einen öffentlichen Zöllnerplatz. In: Das Dach. Chemnitzer Straßenjournal 3/97, S. 2 f.

Schmitt, Jürgen (1997 b): URBAN-Projekt ‚Brühl-Nordviertel‘. Bürgerbeteiligung und Selbsthilfe. Dokumentation des Bürgerbeteiligungsprozesses Juni 1996 bis Juni 1997. (unveröffentlichte Dokumentation). Chemnitz.

Schmitt, Jürgen (1998 a): Die verordnete Initiative? - Lokale Beteiligung im Stadtteil Brühl-Nord als Bestandteil des EU-Programms URBAN. In: Stadt Chemnitz (Hrsg.): Vor-Ort-Geschichte(n). Stadtteilorientierte Geschichtsarbeit als Möglichkeit der Identifikation mit dem Lebensraum Großstadt. Chemnitz. S.20 - 28.

Schmitt, Jürgen (1998 b): URBAN-Projekt ‚Brühl-Nordviertel‘. Dokumentation der Lokalen Beteiligung Juni 1997 bis Juni 1998. (unveröffentlichte Dokumentation). Chemnitz.

Schmitt, Jürgen (1999 a): Das 'vorsichtige Miteinander'. Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung zur Schaffung eines urbanen Zöllnerplatzes. In.: Stadt Chemnitz (Hrsg.): Die Kunst, PLATZ zu nehmen. Über die Urbanität Chemnitzer Plätze. Chemnitz. 1999. S. 29 – 34.

Schmitt, Jürgen (1999 b): "Lokale Beteiligung" im Rahmen des URBAN-Programms „Brühl-Nordviertel“ (1996 - 1999)". Abschlußdokumentation und –bilanz. (unveröffentlichte Dokumentation). Chemnitz.

Schmitt, Jürgen / Weber, Tilo (1997): Chance der Integration wohnungsloser Bürger in das Stadtteilleben. In: Das Dach. Chemnitzer Straßenjournal 1/97. S. 2.

Stadt Chemnitz (1994): Gemeinschaftsinitiative – Urban – Gebiet Brühl-Nordviertel Chemnitz. (unveröffentlichter Antragstext). Stand 09/1994. Chemnitz.

Stadt Chemnitz (1995): Gemeinschaftsinitiative – Urban – Gebiet Brühl-Nordviertel Chemnitz. (unveröffentlichter Antragstext). Stand 06/1995. Chemnitz.

Stadt Chemnitz (1996): URBAN Projekt Chemnitz Brühl-Nordviertel. Revitalisierung eines Stadtviertels- Gemeinschaftliches Handeln – Soziale Sicherheit – Wirtschaftlicher Aufschwung. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1997): Blickpunkt Brühl-Nordviertel. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1998 a): EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN der Stadt Chemnitz im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Presseinformation vom 31.03.1998). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1998 b): Programm URBAN. Zwischenbilanz und Ausblick bis zum Jahr 2000. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1999 a): Brühl-Nordviertel. Auf dem Weg zu einem urbanen Stadtquartier. (unveröffentlichte Dokumentation einer Ausstellung im Technischen Rathaus der Stadt Chemnitz). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1999 b): Bürgerhaus Müllerstraße. EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1999 c): EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN der Stadt Chemnitz im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Presseinformation vom 02.12.1999). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1999 d): „Lokale Beteiligung“ EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (1999 e): Städtebaulicher Rahmenplan Chemnitz – Brühl / Nord. (beschlossen am 27.04.1999). Chemnitz

Stadt Chemnitz (o. J. a): Josephinenschule. EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (o. J. b): Kindertagesstätte Schönherrstraße 2 a. EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN im Gebiet Brühl-Nordviertel. (Broschüre). Chemnitz

Stadt Chemnitz (o. J. c): Stadterneuerung in Chemnitz. (Broschüre). Chemnitz

Toepel, Kathleen / Sander, Robert / Strauss, Wolf-Christian (2000): Europäische Strukturpolitik für die Stadterneuerung in Ostdeutschland. Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative URBAN. Frankfurt am Main

URBAN-Netzwerk Deutschland c/o Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) (o. J.): Bestandsaufnahme der operationellen Programme. (unveröffentlichte Dokumentation). Bonn

URBAN-Netzwerk Deutschland c/o Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) (o. J.): URBAN-Netzwerk Deutschland. (Broschüre). Bonn

Zschocke, Dorothee (1996): Untersuchung der Nutzung öffentlicher Plätze im Stadtteil Brühl-Nord. Josephinenplatz, Wilhelm-Külz-Platz, Zöllnerplatz. (unveröffentlichte Praktikumsarbeit). Chemnitz